

DIE TSCHECHOSLOWAKEI UND DIE PROBLEME DER RUHRBESETZUNG 1923

Von *Manfred Alexander*

Die beiden Hauptprobleme der europäischen Diplomatie nach dem ersten Weltkrieg waren die Reparationsverpflichtungen der besiegten Staaten und das Sicherheitsstreben der Sieger¹. Das Sicherheitsstreben konnte — zumindest was Frankreich und Belgien betraf — in Locarno befriedigt werden, die Reparationsfrage aber belastete mit ihrer Auswirkung auf den internationalen Handel und auf den innerstaatlichen Bankrott des Deutschen Reiches die europäische Politik und wurde mit ihrer Fernwirkung in Deutschland einer der Gründe für den Zerfall der europäischen Nachkriegsordnung.

Solange die Koalition der Siegerstaaten trotz mancher Differenzen in Einzelfragen wirksam blieb, stand das französische Sicherheitsbedürfnis im Hintergrund, das Reparationsproblem dagegen im Zentrum der Konferenzdiplomatie². Im Versailler Vertrag war Deutschland verpflichtet worden, die im Kriege zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens wiederaufzubauen und für weitere Kriegsfolgelasten der Sieger, wie z. B. Witwen- und Kriegsversehrtenrenten, aufzukommen³. Allerdings war darin nicht die Summe der Zahlungen Deutschlands festgelegt worden, da der britische Premierminister Lloyd George für die zukünftige Regelung der Zahlungsbedingungen Deutschland ein Mitspracherecht bei

¹ Diese Gegenüberstellung besonders in der englischen und französischen Literatur: *Baumont*, Maurice: *La Faillite de la Paix* (1918—1939). Bd. I. De Réthondes à Stresa (1918—1935). Paris 5. Aufl. 1967; *Bonnet*, Georges: *Le Quai d'Orsay sous trois Républiques. 1870—1961*. Paris 1961; *Carr*, Edward Hallett: *International Relations Between the Two World Wars* (1919—1939). London 2. Aufl. 1948; *Chastenet*, Jacques: *Vingt ans d'Histoire diplomatique*. Genf 1945; *ders.*: *Histoire de la Troisième République*. Bd. V. *Les années d'illusions. 1918—1931*. Paris 1960; *Jouvenel*, Bertrand de: *D'une guerre à l'autre*. Bd. I. *De Versailles à Locarno*. Paris 1940; *Renouvin*, Pierre: *Histoire des relations internationales*. Bd. VII. *Les crises du XXe siècle. T. I. De 1914 à 1929*. Paris 1957.

² *Hankey*, Lord: *Diplomacy by Conference*. *Studies in Public Affairs. 1920—1946*. New York 1946.

³ Versailler Vertrag, Teil VIII „Wiedergutmachungen“, Abschnitt I. Allgemeine Bestimmungen. Art. 231: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“ Der Friedensvertrag vom 28. Juni 1919. Mit allen ergänzenden Bestimmungen, den deutschen Ausführungsgesetzen, dem Waffenstillstandsabkommen und den Wilsonschen Leitsätzen, erläutert von Dr. jur. Friedrich Wü nd i s c h. Mannheim-Berlin-Leipzig 1919, S. 137; weitere Ausführungen in Art. 232, 2 (S. 138) und Anlage I (S. 144 f.).

den Verhandlungen zubilligen ließ⁴. Die britischen Politiker hatten frühzeitig eingesehen, daß die Parole des französischen Finanzministers Klotz „L'Allemagne payera tout“⁵ die Kompliziertheit der Finanzfragen unzulässig und polemisch vereinfachte, und die Entsendung eines Finanzexperten als englischen Botschafter nach Berlin zeigte, daß die englische Regierung das Problem differenzierter gehandhabt sehen wollte⁶. Großbritannien, dessen Erfahrung in internationalen Finanzgeschäften größer als die anderer Staaten war, bemühte sich auch zum Schutz der eigenen Handelsinteressen um eine verständnisvolle Einschätzung der deutschen Situation⁷. Die traditionelle britische Gleichgewichtspolitik, die eine militärisch-politische Hegemonie Frankreichs wie vormals die Deutschlands auf dem Kontinent zu verhindern suchte, verband sich mit der Einsicht in den wirtschaftlichen Zusammenhang der europäischen Staaten untereinander.

Für Frankreich dagegen waren das Sicherheitsproblem und die Reparationsfrage unlösbar miteinander verknüpft. Zweimal innerhalb einer Generation waren deutsche Truppen in das Land eingedrungen⁸ und hatten beim zweiten Mal furchtbare Verwüstungen in dessen Norden hinterlassen. Es erschien daher nur

⁴ Lloyd George stellt es als einen Erfolg seiner Politik dar, daß Deutschland bei den Verhandlungen über die Zahlungshöhe und die Zahlungsbedingungen dadurch ein Mitspracherecht erhielt: Lloyd George, David: *The Truth About Reparations and War Debts*. London 1932, S. 24 ff. In der französischen Literatur sieht man in diesen Bestimmungen einen großen Fehler in der Gesamtkonstruktion des Versailler Vertrages. Eine Festlegung der Gesamtsumme, so wird argumentiert, hätte die deutsche Regierung zu einer konsequenteren Einstellung auf die Schuldenlast gezwungen. So erscheint jeder Versuch Deutschlands, eine realistischere Festsetzung der Reparationslasten zu erreichen, als Versuch eines unwilligen Schuldners, sich vor einer Vertragserfüllung zu drücken; vgl. Weill-Raynall, Etienne: *Les réparations Allemandes et la France*. 3 Bde. Paris 1938/47; ähnlich die tschechische zeitgenössische Darstellung: Melč, C.: *Vývoj reparační otázky* [Die Entwicklung der Reparationsfrage]. *Zahraněční Politika* [Außenpolitik] 1922, 1315—1320, 1389—1393, 1476—1482, 1542—1548; Dr. Fišá: *Reparační otázka* [Die Reparationsfrage]. *Zahraněční Politika* 1923, 1185—1192, 1340—1352, 1494—1503. Nach deutscher Meinung führte das Offenhalten der Gesamtschuldsumme zwangsläufig zur französischen Sanktionspolitik: Bergmann, Carl: *Der Weg der Reparationen*. Von Versailles über den Dawes-Plan zum Ziel. Frankfurt 1926, S. 32 f.; zur Deutung Bergmanns vgl. Erdmann, Karl Dietrich: *Deutschland, Rapallo und der Westen*. *VHZG* 11 (1963) 105—165, hier S. 153 ff. Die Gesamtkonzeption der Reparationen unterzieht Keynes (John Maynard): *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*. München-Leipzig 1920) einer harten Kritik.

⁵ Bonnet 38 f.; vgl. Lloyd George 13 f.

⁶ d'Abernon, Viscount Edgar Vincent: *An Ambassador of Peace*. Pages from the Diary of Viscount d'Abernon, Berlin 1920—1926. Bd. I. From Spa (1920) to Rapallo (1922). London 1929, S. 53 (Tgb.-Aufz. London 25. VI. 20).

⁷ d'Abernon nennt z. B. die Haltung von Lloyd George und Lord Curzon auf der Konferenz von Spa Deutschland gegenüber „extremely reasonable“, trotz aller Bereitschaft zur Kooperation mit Frankreich, d'Abernon I 66 (Tgb.-Aufz. 13. VII. 20); vgl. Lloyd Georges engagierte Darstellung; in der juristisch geprägten Darstellung von Melč fehlt dagegen jeder Hinweis auf die Probleme der Überweisungen, vgl. S. 1390 ff.

⁸ Die biographische Bedeutung der Erfahrung von 1870/71 für Raymond Poincaré, vgl. Lloyd George 66 f.; Chastenet, Jacques: *Raymond Poincaré*. Paris 1948.

billig, daß der Besiegte nun wie Frankreich 1870/71 die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen hätte. Ferner hatte der Einspruch Englands und der USA Frankreich darum gebracht, seinen Sieg über Deutschland mit der Erringung der Rheingrenze zu krönen⁹. Diesem Anspruch gegenüber stellte sich die zeitweise Besetzung des Rheinlandes unter gemeinsamem alliierten Regime nur als schwache Entschädigung dar, besonders als die USA den Friedensvertrag verwarfen und dadurch Großbritannien vom Versprechen einer gemeinsamen Sicherheitsgarantie der französischen Ostgrenze befreiten¹⁰. Trotz der augenblicklichen Schwäche Deutschlands fürchtete Frankreich das Gewicht dieses Nachbarn, der durch eine größere Bevölkerungszahl, stärkere Industrie und seine Erbitterung über die Niederlage im Kriege ein gefährlicher Gegner blieb¹¹. Die innenpolitische Gärung in Deutschland und die mangelnde deutsche Bereitschaft, die Vertragsverpflichtungen im Bereiche der Abrüstung zu erfüllen, ließen das französische Mißtrauen Deutschland gegenüber auch weitgehend gerechtfertigt erscheinen¹². Für die französische Außenpolitik der Nachkriegsjahre waren daher zwei Grundsätze bestimmend: das Bestreben, durch ein umfängliches Bündnissystem das militärische Übergewicht über Deutschland aufrechtzuerhalten, und die Entschlossenheit, die strikte Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages von Deutschland zu erzwingen.

Die internationale Situation bot für die Verwirklichung dieser Prinzipien zahlreiche günstige Ansatzpunkte. Von den beiden Großmächten im Weltkrieg waren die USA aus eigener Initiative aus der europäischen Politik ausgeschie-

⁹ Als Befürworter der Rheingrenze erscheinen besonders Marschall Foch und Tardieu; vgl. Bonnet 32 ff.; Chastenot: Histoire 36 f.; zur näheren Begründung Recouly, Raymond: Marschall Foch. Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr. Niedergeschrieben unter persönlicher Redaktion des Marschalls. Dresden 1929; ders.: La barrière du Rhin. Droits et devoirs de la France pour assurer sa sécurité. Paris 1923. Dem steht eine reiche deutsche Propagandaliteratur entgegen; vgl. Springer, Max: Frankreich und seine ‚Freunde‘ am Rhein. Leipzig 1923; ders.: Loslösungsbestrebungen am Rhein (1918—1924). Auf Grund authentischer Dokumente. Berlin 1924; Coblenz, Hermann (Pseud. für Paul Wentzcke): Frankreichs Ringen um Rhein und Ruhr. 12 Hefte. Berlin 1923; ders.: Rheinkampf. 2 Bde. Berlin 1925.

¹⁰ Die französische Darstellung der Rheinlandbesetzung vom Vertreter Frankreichs in der Alliierten Rheinlandkommission: Tirard, Paul: La France sur le Rhin. Douze années d'occupation rhénane. Paris 1930. Kritische Stellungnahme zur gesamten Rheinlandbesetzung und insbesondere zur französischen Politik vom amerikanischen Vertreter in der Rheinlandkommission: Allen, General Henry T.: Mein Rheinland-Tagebuch. Berlin 1923; ders.: Die Besetzung des Rheinlandes. Vom Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland 1919/1923. Berlin o. J.

¹¹ England schätzte diesen für Frankreich wichtigsten Punkt nicht richtig ein, vgl. Nicolson, Harald: Curzon: The Last Phase 1919—1925. A Study in Post-War Diplomacy. London 1934, S. 196.

¹² Vgl. das Auftreten des Generals von Seeckt auf der Konferenz von Spa, am 5. Juli 1920, d'Abernon I 60 f. (Tgb.-Aufz. 6. VII. 20); Rabenau, General Frh. v.: Seeckt: Aus seinem Leben 1918—1936. Berlin 1940; Carsten, Francis: Reichswehr und Politik 1918—1933. Köln-Berlin 1964; Wheeler-Bennett, John W.: The Nemesis of Power. The German Army in Politics 1918—1945. London-New York 1954.

den¹³, und in Rußland, wo nach der Oktoberrevolution innenpolitisches Chaos und Bürgerkrieg herrschten, bedrohten Sezessionsbestrebungen, Angriffe der Nachbarn und ausländische Interventionen zeitweise sogar den Fortbestand des sowjetischen Staates. Der Niedergang der Mittelmächte hatte in Ostmitteleuropa mehreren Völkern die erstrebte Selbständigkeit gebracht, und diese jungen Staaten schienen die idealen Verbündeten für eine Politik zu sein, die das Erreichte gegen Revisionsbestrebungen sichern wollte. Gelang es Frankreich, gestützt auf die Allianz mit Großbritannien, diese Staaten politisch und militärisch an sich zu binden, konnte es Deutschland zur Vertragstreue anhalten¹⁴.

Einer Realisierung dieser Konzeption standen andererseits aber auch viele Hindernisse entgegen. Zwar war der Einfluß Frankreichs in Ostmitteleuropa unbestritten, von einem *gemeinsamen* Interesse der ostmitteleuropäischen Staaten konnte jedoch nur für den Fall die Rede sein, daß ein Wiedererstarken des Deutschen Reiches sie in ihrer Existenz bedrohte. Solange diese Gefahr nur theoretisch blieb, beherrschte die Rivalität zwischen ihnen das politische Bild, in dem Streitigkeiten über Grenzkorrekturen zusammen mit innenpolitischen Problemen die französische Hegemonie überdeckten. So war Polen, dessen Traum von der Wiederherstellung des jagiellonischen Reiches durch die Annexion Litauens, Weißrußlands und großer Teile der Ukraine nicht in Erfüllung ging, nur durch einen Umschwung in letzter Minute vor den Folgen eines leichtfertigen Angriffs auf die junge Sowjetrepublik bewahrt worden. Von seinen Verbündeten war lediglich Rumänien, das sich durch den Erwerb Bessarabiens ebenfalls die Sowjetrepublik zum Feind gemacht hatte, zu einer vollen Anerkennung des für Polen überaus günstigen Friedens von Riga^{14a} bereit. Im Westen belastete der Streit um Ober-

¹³ Der amerikanische Kongreß verweigerte am 19. III. 20 die Ratifizierung der Friedensverträge, damit entfiel der von Lloyd George und Wilson Frankreich zugesicherte Sicherheitsvertrag. Die letzten amerikanischen Truppen, die in der amerikanischen Besatzungszone um Koblenz verblieben, wurden nach dem Kongreßbeschuß vom 6. I. 23 zur Zeit der Ruhraktion in großer Eile abgezogen, was zu Recht als Mißbilligung der französischen Politik gedeutet wurde; Allen: Besetzung 211 ff.; ders.: Rheinland-Tagebuch 327 (Tgb.-Aufz. 6. I. 23), 334 (Tgb.-Aufz. 11. I. 23) und 363 (Tgb.-Aufz. 2. II. 23). Auch d'Abernon überlegte damals, ob ein Austritt Englands aus der Rheinlandkommission und ein Abzug der britischen Besatzungstruppen aus der Kölner Zone die konsequente Antwort auf den französischen Alleingang wäre; d'Abernon, Viscount Edgar Vincent: An Ambassador of Peace. Bd. 2: The Years of Crisis. June 1922 — December 1923. London 1929, S. 160 ff. (Tgb.-Aufz. 25. I. 23).

¹⁴ Die Rolle der ostmitteleuropäischen Staaten im europäischen Staatensystem wird von Prag und Warschau wesentlich größer eingeschätzt als von Paris, jedenfalls wenn man den französischen Darstellungen und Memoiren folgen darf. Eine deutsch-nationale Darstellung Zimmermann, Ludwig: Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik. Göttingen-Berlin-Frankfurt 1958, S. 69 f.; zum Gesamtkomplex Wandycz, Piotr S.: France and Her Eastern Allies 1919—1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno. Minneapolis/Minn. 1962; Ciałowicz, Jan: Polsko-francuski sojusz wojskowy. 1921—1939 [Die polnisch-französische Militärallianz. 1921—1939]. Warschau 1970.

^{14a} Kumaniecki, Jerry: Po traktacie ryskim. Stosunki polsko-radzieckie 1921—1923 [Nach dem Vertrag von Riga. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen von 1921—

schlesien, Danzig und den Korridor Polens Verhältnis zu Deutschland, im Süden wiederum stritt der Staat mit der jungen Tschechoslowakei um wirtschaftlich und politisch z. T. völlig unbedeutende Grenzgebiete, die erst in der nationalen Polemik zu Prestigeobjekten gemacht wurden¹⁵.

Die einzige neue Allianz in Ostmitteleuropa war die Kleine Entente, die unter Führung Prags die Abtretungen Ungarns an die Tschechoslowakei, Rumänien und das Königreich der Slowenen, Serben und Kroaten sichern sollte¹⁶. Aber trotz aller tschechischer und französischer Bemühungen war das gemeinsame Interesse dieser innenpolitisch und wirtschaftlich so unterschiedlich strukturierten Staaten über die gemeinsame antimagyarische Einstellung hinaus nicht zu erweitern. Jugoslawiens Aufmerksamkeit wurde zudem weniger durch Ungarn als durch Bulgarien und Italien in Anspruch genommen, das seinerseits über direkte territoriale Ansprüche gegen den südslawischen Nachbarstaat hinaus in Ungarn und Österreich um Einfluß warb und dort in einen Gegensatz zu Frankreich und zur Tschechoslowakei geriet.

Frankreich war daher an einer Unterstützung Englands in der Sicherheitsfrage sehr interessiert, da es nur mit ihm zusammen ein Gegengewicht gegen Deutschland bilden zu können glaubte¹⁷. In dem Maße, wie die englische Politik in der Behandlung Deutschlands (Oberschlesien¹⁸, Abrüstung, Reparationsfrage) und in der Regelung anderer internationaler Probleme (Syrien, Türkei¹⁹) von den Vorstellungen Frankreichs abwich, wuchs in Paris die Einsicht, daß die französischen Interessen durch ein eigenes Vorgehen am besten gesichert werden könnten. Damit gewannen aber die kleineren Verbündeten im Rücken Deutschlands eine größere Bedeutung, und Paris mußte sich bemühen, sie an einer Politik der Niederhaltung Deutschlands und der Aufrechterhaltung des *status quo* stärker zu beteiligen, ohne das Friedensvertragssystem zu zerstören. Durch die englische Haltung sah sich Frankreich immer stärker veranlaßt, die im Versailler Vertrag be-

1923]. Warschau 1971 (Polska Akademia Nauk. Zakład historii stosunków polsko-radzieckich).

¹⁵ Dabei ist in erster Linie an Javorina, Spiš und Orava zu denken; zum polnisch-tschechoslowakischen Verhältnis vgl. neben Wandycz, Gąsiorowski, Zygmunt J.: Polish-Czechoslovak Relations 1918—1921. Slavonic and East European Review 35 (1956—57) 172—193; ders.: Polish-Czechoslovak Relations 1922—1926, ebenda 473—504; Szklarska-Lohmannowa, Alina: Polsko-czechosłowackie stosunki dyplomatyczne w latach 1918—1925 [Die polnisch-tschechoslowakischen diplomatischen Beziehungen in den Jahren 1918—1925]. Breslau-Warschau-Krakau 1967 (Polska Akademia Nauk. Oddział w Krakowie, Prace komisji nauk historycznych 19); Valenta, Jaroslav: Československo a Polsko v letech 1918—1945 [Die Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1918—1945]. In: Češi a Poláci v minulosti. Bd. 2: Období kapitalismu a imperialismu [Tschechen und Polen in der Vergangenheit. Bd. 2: Die Zeit des Kapitalismus und des Imperialismus]. Prag 1967, S. 431—668.

¹⁶ Eine neuere Arbeit über die Kleine Entente liegt nicht vor; zur allgemeinen Politik vgl. Gajánová, Alena: ČSR a středoevropská politika velmocí 1918—1938 [Die ČSR und die Mitteleuropa-Politik der Großmächte 1918—1938]. Prag 1967.

¹⁷ d'Albernon (I 224 f., Tgb.-Aufz. 6. XI. 21) hielt jedoch auch ohne einen Beitrag Großbritanniens die militärische Hegemonie Frankreichs für gesichert.

¹⁸ Lloyd George über Oberschlesien, vgl. d'Albernon I 139 f. (Tgb.-Aufz. 22. III. 21).

¹⁹ Eingehende Schilderung dieser Probleme bei Nicolson.

gründeten Reparationen zu einem Mittel seiner eigenen Sicherheitspolitik gegen Deutschland zu machen, so daß alle Bemühungen, das Problem der Reparationen als eine politische Frage dem Völkerbund oder als eine technische Frage den Experten zu übertragen, zum Scheitern verurteilt waren.

Der Wendepunkt der französischen Politik war erreicht, als der letzte Versuch eines englisch-französischen Ausgleichs in der Sicherheitsfrage mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Briand am 13. Januar 1922 scheiterte²⁰ und mit Raymond Poincaré ein Mann französischer Regierungschef wurde, der die Allianz mit England als faktisch beendet ansah.

*

Zugespißt formuliert, drückte sich Poincarés Einstellung zur französischen Sicherheitspolitik in dem Bestreben aus, mit Hilfe der Reparationsfrage den Sieg über Deutschland im französischen Sinne zu vervollständigen²¹. Dazu boten sich nunmehr zwei Lösungsmöglichkeiten an, von denen eine defensiven, die andere offensiven Charakters war.

Die defensive Lösung bestand darin, daß Frankreich mit seinen ostmitteleuropäischen Verbündeten durch die Forderung hoher Reparationsleistungen ein militärisch gelähmtes, politisch uneiniges und wirtschaftlich geschwächtes Deutschland niederhielt, um auf diese Weise über den wirtschaftlichen Nutzen hinaus den *status quo* in Europa zu sichern²². Auf mehreren internationalen Konferenzen war Deutschland bereits durch die Drohung militärischer Sanktionen zur Annahme alliierter Forderungen gezwungen worden²³, und in zwei Fällen hatte die französische Regierung von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags bei Verletzung von Vertragsbestimmungen militärisch einzuschreiten²⁴: bei der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt nach dem Einmarsch deutscher Truppen in das entmilitarisierte Ruhrgebiet (März 1920) und bei der Besetzung der Brückenköpfe Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort am 8. März 1921, um die deutsche Regierung zur Annahme des alliierten Ultimatums bezüglich der Reparationszahlungen zu bewegen²⁵. Bei weiterer Ausschöpfung dieser Möglichkeit war als nächstes Ziel die Okkupation des Ruhrgebietes zu erwarten.

Das Instrument zur Durchsetzung dieser Politik war die alliierte Reparationskommission, in der Frankreich nach dem Ausscheiden der USA den Vorsitz führte²⁶ und wo es auf die Stimmen Belgiens und zumeist auch Italiens zählen

²⁰ Suarez, Georges: Briand. Sa vie — son oeuvre avec son journal et de nombreux documents inédits. Bd. 5: L'Artisan de la Paix. 1918—1923. Paris, neue Aufl. 1952, S. 378 ff.

²¹ Dabei blieb er als Advokat immer im Rahmen des Versailler Vertrages, wenn er auch die Bestimmungen sehr weit auslegte; vgl. Chastenet: Poincaré.

²² Ähnliche Deutung bei Fiša 1501 ff.

²³ So auf der Konferenz zu Spa, 5.—16. Juli 1920; vgl. d'Abernon I 66 f. (Tgb.-Aufz. 14. VII. 20) und 68 (Tgb.-Aufz. 16. VII. 20).

²⁴ Nach §§ 17 und 18, Anlage II des VIII. Teils des Versailler Vertrages, Wündisch 150.

²⁵ Zur englischen Haltung vgl. d'Abernon I.

²⁶ Die Reparationskommission, nach Art. 233 des Versailler Vertrages eingerichtet, wurde

konnte, selbst wenn England aus anderen Gründen seine Zustimmung zu französischen Anträgen versagen mochte. Die Höhe der Reparationen blieb umstritten, und da zwischen einer hohen Forderung Frankreichs und einer gemäßigeren Englands einerseits und den deutschen Angeboten andererseits ein großer Unterschied bestand, kam es auf den entsprechenden Konferenzen immer wieder zu Zwischenlösungen, die nur die jährlich fälligen Ratenzahlungen festlegten²⁷. Aber auch diese Raten erwiesen sich bald als zu hoch für die deutsche Leistungsfähigkeit — so stellte es jedenfalls die deutsche Regierung dar, als sie schon auf der Londoner Konferenz vom Dezember 1921 um ein Moratorium, d. h. einen Zahlungsaufschub bat. Als Begründung für diese Bitte um Stundung der Reparationszahlungen konnte Deutschland auf die fortschreitende Entwertung der Mark hinweisen, die nach deutscher Ansicht einen Ausgleich des Staatsbudgets und eine Regelung der innerstaatlichen Finanzprobleme unmöglich machte. Frankreich sah die deutschen Schwierigkeiten dagegen als vorgeschobene Gründe für eine prinzipielle Zahlungsunwilligkeit an und warf in Presseartikeln der deutschen Regierung vor, durch übertriebene Betätigung der Notenpresse lieber den Bankrott der eigenen Währung in Kauf zu nehmen als die Reparationsschulden abzutragen. Wenn auch Experten die deutsche Währungspolitik mit Recht kritisierten²⁸, weil der Druck immer neuer Banknoten den Geldumlauf erhöhte, was bei gleichbleibendem Warenangebot zwangsläufig zu einer Teuerung und Entwertung des Geldes führen mußte, so war andererseits auch der französische Glaube an eine unbegrenzte Transferierbarkeit von Geldern im internationalen Rahmen unrealistisch. Die englischen Beobachter dieser Entwicklung wiesen schon frühzeitig darauf hin, daß Frankreich von Deutschland nur dann Zahlungen erwarten könne, wenn die Gelder durch Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft verdient würden. Diese Überschüsse wären aber nur durch eine aggressive Handelspolitik — wenn überhaupt — zu erhalten gewesen, was notwendigerweise den alliierten Volkswirtschaften geschadet hätte²⁹. Frankreich hatte nach 1871 5 Milliarden Goldfrank in Gestalt seiner Goldreserven nach Deutschland überführt, die deut-

von Januar bis Mai 1920 von Raymond Poincaré, von Mai 1920 bis Oktober 1922 von Louis Dubois, von Oktober 1922 bis August 1926 von Jean Louis Barthou und von August 1926 bis April 1931 von Chapsal geleitet; Großbritannien wurde bis 1925 durch Sir John Swanwick Bradbury, Lord of Winsford, vertreten. Die Befugnisse der Kommission erloschen mit dem Inkrafttreten des Young-Plans; die Schlußsitzung fand am 13. April 1931 statt. Zu den umfangreichen Vollmachten der Kommission einerseits und zur Abhängigkeit ihrer Mitglieder von den Regierungen ihrer Länder andererseits vgl. Melé 1317 f.

²⁷ Einzelheiten bei Bergmann.

²⁸ d'Abernon (II 126 ff., Tgb.-Aufz. 10. XI. 22) zum Bericht der vier Experten Keynes (England), Cassel (Schweden), Jenks (USA) und Brand (England); vgl. seine zusammenfassende Darstellung: German Currency. Its Collapse and Recovery, 1920—1926. Appendix zu Bd. II 291 ff.

²⁹ Keynes 152 ff.; der Dialog zwischen Lloyd George und dem damaligen französischen Finanzminister Doumer auf der Pariser Konferenz 24.—29. I. 21: Lloyd George 34—51, 57 f.; Nicolson 231 f.; eine „streng vertrauliche Denkschrift“: Memorandum prepared in the Treasury, German Reparations: The Need for a Readjustment of the Present Schedule of Payments, zitiert bei Erdmann: Deutschland 122 f.

schen Schulden überstiegen jedoch bei weitem die Gold- und Devisenreserven des Deutschen Reiches³⁰. Rathenaus Angebot, die in den Kriegsgebieten verursachten Schäden durch den Einsatz deutscher Arbeiter zu beheben, wurde von der französischen Nationalversammlung mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch französische Arbeitskräfte freigesetzt worden wären³¹. Zeigt diese Ablehnung, daß Frankreich von direkten deutschen Reparationsleistungen Schädigungen der eigenen Wirtschaft befürchtete, so läßt sie zugleich vermuten, daß Frankreich nicht bereit oder noch nicht in der Lage war, diese Einsicht in ökonomische Zusammenhänge ebenso auf Fragen der Gold- und Sachlieferungen des Deutschen Reiches auszudehnen. Die Bitten der deutschen Unterhändler um Zahlungserleichterungen und Zahlungsaufschub, die oft mit ungeschickter Begründung und manchmal unter wenig vertrauenerweckenden Umständen vorgebracht wurden³², waren jedenfalls für die französischen Politiker nur Ausflüchte einer zahlungsunwilligen Regierung, die nicht bereit war, die eigene Bevölkerung für die Schäden des Krieges aufkommen zu lassen, und nichts gegen Kapitalflucht, Spekulation und Geldentwertung unternahm.

Um bei Verstößen gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages Sanktionen ergreifen zu können, mußte die Reparationskommission mit Stimmenmehrheit feststellen, ob Deutschland seine Verpflichtungen absichtlich vernachlässigt hatte. Erwies sich Deutschland jedoch als zahlungsunfähig und erhielt einen Aufschub zugestanden, so wurde für die Dauer dieses Aufschubs auch das Druckmittel der Sanktionen hinfällig. Um sich dieser Einflußmöglichkeit nicht zu begeben, machte Poincaré in seiner Stellungnahme zu möglichen Zahlungserleichterungen die Gewährung eines Moratoriums von der Bereitstellung produktiver Pfänder abhängig³³. Ein solches Pfand konnte die Überlassung von Reichseinrichtungen sein, wie Doumer 1921 Lloyd George vorgeschlagen hatte³⁴, z. B. die Überführung des Ertrags der Reichsbahn ins Ausland, oder die Besetzung von wirtschaftlich besonders reichen Gebieten Deutschlands, deren Sachleistungen, wie die Kohlen aus dem Ruhrgebiet, dann in der Gesamtberechnung der Reparationen berücksichtigt werden sollten. Über eine nur aus den Reparationsverpflichtungen begründete Maßnahme konnte sich Frankreich damit — zumindest zeitweise — in den Besitz der reichsten deutschen Industriegegend setzen und dem Reich über finanzielle auch politische Bedingungen diktieren. Gelang dieser Schritt, so war das Übergewicht Frankreichs auch ohne den Beistand Großbritanniens auf lange Zeit hin gesichert³⁵.

Es war aber auch eine weitergehende offensive Lösung des französischen Sicherheitsproblems denkbar, bei dem Sanktionen und Besetzungen, von der Repa-

³⁰ Den deutschen Goldbestand am 30. XI. 1918 gibt Keynes (138) mit 2,308 Mrd. Mark an.

³¹ Lloyd George 64 f.; Nicolson 238 f.; Fiša 1343.

³² Vgl. das Auftreten von Stinnes in Spa: Bergmann 62 ff.; d' Abernon I 64 (Tgb.-Aufz. 12. VII. 20).

³³ Zu Poincarés Pfänderpolitik (politique des gages) vgl. neben der allgemeinen Literatur Bergmann 178 f.

³⁴ S. Anm. 29.

³⁵ Fiša 1501.

rationsfrage gelöst, zu einem umfangreichen militärischen Unternehmen umgestaltet worden wären. Es entging nicht der deutschen Aufmerksamkeit, daß besonders im französischen Generalstab der Wunsch nach Gewinn der Rheingrenze fortlebte und daß dessen Hauptvertreter Marschall Foch zugleich der Oberkommandierende der Streitkräfte Polens und der Tschechoslowakei war, wo die französische Armee zusätzlich durch Militärmissionen und Berater Einfluß ausübte. Denkt man an die aufregenden ersten Jahre nach dem Weltkrieg, in denen sich Polen als angriffslustiger Staat gebärdete, der offen territoriale Forderungen an Deutschland richtete und diese in Oberschlesien mit Waffengewalt durchzusetzen versuchte; berücksichtigt man, daß die Tschechoslowakische Republik die Selbstbestimmungswünsche der Deutschen in den böhmischen Randgebieten mißachtet hatte; und zieht man schließlich den Wunsch Österreichs auf Anschluß an das Deutsche Reich in Erwägung, der gegen den ausdrücklichen Wunsch der österreichischen Nationalversammlung von den Alliierten unterbunden worden war, so lag für deutsche Betrachter der Gedanke nahe, daß Frankreich mit seinen Verbündeten unter geeigneten Umständen weitere Gebietsabtretungen von Deutschland erzwingen konnte. Da sich die englische Regierung für eine Schonung Deutschlands und eine Berücksichtigung seiner Interessen z. B. in Oberschlesien eingesetzt hatte, konnte sie zeitweise als Gegengewicht gegen solche Forderungen gelten. Eine Entfremdung der beiden alliierten Staaten aber entband die französische Regierung von unerwünschter Rücksichtnahme und erhöhte die Gefahr, daß Frankreich, falls es zu einer weiteren Schwächung Deutschlands entschlossen war, möglicherweise auch die Einheit des Deutschen Reiches nicht unangetastet lassen würde.

Solange die französischen Archive unzugänglich bleiben, kann nicht entschieden werden, ob solche Überlegungen bereits in konkrete politische Pläne verdichtet worden waren, die bei geeigneter Gelegenheit verwirklicht werden konnten³⁶. Einige englische Beobachter und selbst Lloyd George vermuteten, daß für Poincaré die Einheit Deutschlands keineswegs feststand³⁷. Zumindest unter seiner Duldung kam es ja später, im Herbst 1923, im Rheinland und in der Pfalz zur Ermutigung von Separationsbestrebungen³⁸. Bei der militärischen Schwäche Deutschlands konnten polnische, tschechoslowakische und französische Verbände in einer koordinierten Aktion zum angeblichen Schutz der Nachkriegsordnung

³⁶ In französischen Darstellungen und Memoiren führender Politiker werden solche Pläne — soweit bisher überschaubar — nicht diskutiert. Für die Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit und auf die politischen Entscheidungen in Berlin ist es aber irrelevant, ob diese Gefahren tatsächlich drohten oder ob sie nur in der Vorstellung bestanden, da die Bedrohungsreaktion des sich bedroht Fühlenden vom Wahrheitsgehalt der Bedrohung unabhängig ist; vgl. W e t t i g, Gerhard: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der Internationalen Politik. Der Bedrohungsnexus und seine Rolle in zwischenstaatlichen Konflikten. Köln 1970 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 19).

³⁷ L l o y d G e o r g e 74 f.; auch d' A b e r n o n vermutete weitergehende Ziele als die Gewinnung der Rheingrenze, vgl. II 162 (Tgb.-Aufz. 26. I. 23).

³⁸ S p r i n g e r: Loslösungsbestrebungen; E r d m a n n, Karl Dietrich: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966 (Historische Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften).

rasch die zahlenmäßig kleine deutsche Reichswehr überrollen, Deutschland im Westen auf der Mainlinie teilen und im Osten Schlesien abtrennen³⁹. Befürchtungen dieser Art wurden gerade in den an die Tschechoslowakei angrenzenden Ländern Preußen, Sachsen und besonders Bayern immer wieder geäußert und finden ihren aktenkundigen Niederschlag in einer Fülle von warnenden Stellungnahmen und besorgten Anfragen.

Folgt man diesen Gedanken, so konnte das Vorgehen Poincarés und seine Forderung produktiver Pfänder als Auftakt einer weiter ausgreifenden Politik verstanden werden⁴⁰. Die Reparationsforderungen und die angedrohten Sanktionen erscheinen in dieser Deutung als Mittel, ein geschwächtes und eventuell durch Aufstände zerrüttetes Deutschland zu zerstückeln oder von ihm nach einer zeitweisen Besetzung weiterer Gebiete gegen deren Rückgabe die Zustimmung zur endgültigen Abtrennung der Rheinprovinzen zu erhalten⁴¹.

*

Einem oberflächlichen Betrachter der internationalen Lage im Jahre 1922 konnten die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen Frankreichs und seiner ostmitteleuropäischen Verbündeten durchaus gegeben erscheinen. Wenn Poincaré nach den Differenzen mit Großbritannien die französische Sicherheit in die eigenen Hände nehmen wollte, und wenn die Gerüchte über die Gebietsansprüche Polens und der Tschechoslowakei nicht trogen und diese Staaten zudem wirklich als treue Bundesgenossen Frankreichs in dessen politische Absichten eingespannt werden konnten⁴², dann mußte das Deutsche Reich mit einer gefährlichen Bedrohung seines territorialen Bestandes rechnen.

³⁹ d'Abernon I 80 (Tgb.-Aufz. 28. X. 20) berichtet von dieser Furcht zweier hoher Beamter des Auswärtigen Amtes in Berlin, die Polen als Partner Frankreichs in einer solchen Politik vermuteten; ebenso der badische Staatspräsident Dr. Hermann Hummel, d'Abernon II 80 f. (Tgb.-Aufz. 11. VIII. 22). Die Alliierten Frankreichs (ohne England und Italien) besaßen 1922 insgesamt 84 Divisionen; 125 Millionen Franzosen und deren Alliierten standen 65 Millionen Deutsche gegenüber; *Jouvenel* 401 ff.

⁴⁰ d'Abernon II 135 ff. (Tgb.-Aufz. 3. XII. 22) verneint einen finanziellen Sinn der Pfänderpolitik, selbst wenn Unruhen vermieden werden könnten; vgl. auch II 140 (Tgb.-Aufz. 16. XII. 22). Im Nachhinein glaubt er an ein Überwiegen militärischer und politischer Ziele Frankreichs, II 224 f. (Tgb.-Aufz. 27. VII. 23) und II 279 (Tgb.-Aufz. 26. XI. 23).

⁴¹ So Prager Tagblatt Nr. 86 vom 14. IV. 23, In: PA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn), Po 2, 4. Dieser Artikel wird Gegenstand einer Anfrage in Prag: Brentano an Koch, Berlin 7. V. 23, zu Ts 1416 (L 120221), Po 2, 4. Es ist nicht Ziel dieser Ausführungen, eine französische Absicht auf weitere Gebietsabtretungen von Deutschland zu beweisen, was auf Grund der Quellenlage nicht zu leisten wäre; da aber in den deutschen Akten die Angst vor einer solchen französischen Aktion greifbar wird, soll die Möglichkeit ihrer Realisierung unter den gegebenen internationalen Verhältnissen erörtert und die deutschen Reaktionen — aus der Furcht vor einer vermeintlichen Verwirklichung dieser Pläne — untersucht werden.

⁴² d'Abernon II 107 ff. (Tgb.-Aufz. 1. X. 22) berichtet von einem Gespräch mit General Weygand, dem Stellvertreter von Marshall Foch: „He counts absolutely in any conceivable crisis upon the full support of French policy by the Czechs, the Serbs, the Roumanians, and the Poles. They are solidly behind France.“

Zweifellos war Polen in Oberschlesien nicht zufriedengestellt worden, als der größere Teil des Industriegebietes nach den Abstimmungen bei Deutschland verblieb. Obwohl der Freihafen Danzig für Polens Handel offenstand und Polens Einfluß auf die Geschicke der Freistadt nicht unerheblich war, sah es seinen Wunsch nach Gewinn der ganzen Macht und nach der Eingliederung der Stadt in den polnischen Staat weiterhin als unerfüllt an. Nachdem das jagiellonische Staatsideal mit dem Ausgreifen in weißrussische und ukrainische Siedlungsgebiete zum Teil verwirklicht worden war, konnte die Hoffnung bestehen, im Gefolge piastischer Politik auch noch Schlesien zu gewinnen, wenn der französische Verbündete damit eine Unterstützung seiner eigenen Politik honorieren würde. Es bestand seit dem 19. Februar 1921 ein enges französisch-polnisches Bündnis, das sich über die politische Zusammenarbeit hinaus auch auf den militärischen Bereich erstreckte⁴³; tschechoslowakische Hilfe bei der Gewinnung Schlesiens für Polen konnte schließlich den Streit um Teschen, Javorina und Orava obsolet machen.

Auch die Tschechoslowakei schien dem Zeitgenossen, selbst nach dem Gewinn des Hultschiner Ländchens von Deutschland, keineswegs saturiert. Die nationale tschechische Presse wies wiederholt auf tschechische Dörfer in Schlesien hin, machte ferner historische Ansprüche auf Glatz und ethnische Ansprüche auf die Lausitzer Wenden geltend. Aus der Polemik des Weltkrieges hatte eine obskure Propagandabroschüre eines Anonymus überlebt, die von einem großtschechischen Reich in Zentraleuropa schwärmte⁴⁴. Außerdem wurde die traditionelle deutsche Furcht vor einem Panslawismus durch Greuelmärchen der politisch entmachteten und gesellschaftlich degradierten Führungsschicht in den deutsch-besiedelten Gebieten der Tschechoslowakei verstärkt und wuchs in den Randgebieten Deutschlands zu einem Gefühl echter Bedrohung an. Deserteure der tschechoslowakischen Armee tarnten gern ihre Flucht als nationale Entscheidung gegen ihren Heimatstaat; ungeschicktes Verhalten einiger tschechischer Soldaten, die bei militärischen Übungen deutsches Gebiet betreten hatten, wurde zum Anlaß weitreichender politischer Aktivität bis zum Protest im tschechoslowakischen Außenministerium genommen. All dies erzeugte eine Atmosphäre des Mißtrauens, dem örtliche Behörden in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches in zahlreichen Eingaben an die Landes- und Reichsämter Ausdruck verliehen haben. Das Einschreiten der Tschechoslowakei gegen die beiden Versuche einer monarchischen Restauration in Ungarn und das Auftreten der Prager Regierung in den Fragen einer Sanierung Österreichs weckten insbesondere in München die Furcht, daß die Tschechoslowakei auch in die inneren Angelegenheiten Bayerns und des Reiches eingreifen werde, wenn die Bedingungen dafür von anderer Seite geschaffen würden.

⁴³ Geheimes Militärabkommen am 21. II. 21; Texte bei W a n d y c z 393 ff.

⁴⁴ K u f f n e r, Hanuš: *Náš stát a světový mír* [Unser Staat und der Weltfriede]. Prag 1918. Koch wendet sich gegen die Behauptung von Dr. Baeran, daß hinter diesem Pseudonym Beneš stehe: „Weder der Stil, noch die vorgetragenen Tendenzen, noch die ungeschickte Aufmachung des Ganzen, noch sonst irgendein äußerer Zusammenhang deutet auf Beneš hin“; PA, Koch an AA (Or.), Prag 19. VI. 22, Ts 2155 (L 139463 f.), Po 26 Ts; eine Verwendung dieser Broschüre für die Propaganda hält man für unerwünscht, weil niemand dieses Machwerk ernst nehme: PA, Noebel an Deutschen Schutzbund, Berlin 12. X. 22, VI A 1353, VI 1, 1 Ts.

Im Unterschied zu den regionalen Behörden werteten das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium in Berlin die internationale Lage wesentlich ruhiger und befürchteten seitens der Tschechoslowakei keine Bedrohung der deutschen Reichsintegrität. Als Ausdruck dieser Haltung kann u. a. die Entscheidung Generals von Seeckt, des Chefs der Obersten Heeresleitung, gelten, der es ablehnte, einer Anregung aus Prag zu folgen und die militärischen Übungen beiderseits der Grenzen im gegenseitigen Einvernehmen einzustellen⁴⁵. Das Auswärtige Amt vertrat zwar in dieser Frage einen konzilianteren Standpunkt und hatte gegen ein so unwesentliches Entgegenkommen der Tschechoslowakei gegenüber, das überdies einer Beruhigung der Grenzbevölkerung dienen sollte, nichts einzuwenden. In der übrigen Einschätzung dieses Nachbarn als eines treuen aber für Deutschland ungefährlichen Verbündeten der französischen Außenpolitik teilte das Auswärtige Amt jedoch voll die Meinung der militärischen Führung.

*

Trotz ihrer unbestrittenen französischen Orientierung ist die tschechoslowakische Außenpolitik, wie bereits mit Recht vorgebracht worden ist⁴⁶, im allgemeinen zu sehr und zu einseitig im französischen Schlepptau gesehen worden. Ein Rückblick auf die Jahre 1921 und 1922 kann dies an einigen Beispielen verdeutlichen.

In seinen zahlreichen Äußerungen zu den Grundlinien der tschechoslowakischen Außenpolitik betonte der Außenminister Edvard Beneš immer zwei Hauptpunkte: das Bündnis der Tschechoslowakei mit den beiden Alliierten England und Frankreich sei die Garantie der europäischen Sicherheit auf der Basis des *status quo* und die Beziehungen der Tschechoslowakischen Republik zum Deutschen Reich seien „korrekt“⁴⁷. Beneš bemühte sich lange, in den verschiedenen Streitigkeiten zwischen London und Paris zu vermitteln, und die 27 Auslandsreisen, die er bis 1924 nach eigenen Angaben zu diesem Zweck unternommen hatte⁴⁸, belegen die Bedeutung dieser Frage für seine Politik. Das tschechoslowakische Verhältnis zu Deutschland aber konnte in seiner Vielfarbigkeit mit der

⁴⁵ Diese Anregung des Gesandten in Prag war von Staatssekretär Haniel von Heimbach befürwortet worden; v. Seeckt antwortete dagegen, „daß einem Staat gegenüber, der wie die tschechoslowakische Republik militärpolitisch entscheidend von Frankreich abhängig ist, der Verzicht auf das Recht voller militärischer Bewegungsfreiheit im eigenen Lande ohne zwingende Gründe unzumutbar“ sei. PA, v. Seeckt an AA (Or.), Berlin 22. II. 22, Ts 708 (L 137404), Po 13, 5 Ts.

⁴⁶ Olivová, Věra: Československá diplomacie v době rurské krise roku 1923 [Die tschechoslowakische Diplomatie in der Zeit der Ruhrkrise 1923]. ČSČH 6 (1958) 59—70, hier 59 f.

⁴⁷ Z. B. Exposé des Außenministers vor der tschechoslowakischen Kammer am 27. I. 21; PA, Po 1, 1 Ts; veröffentlicht: Beneš, Edvard: Problémy nové Evropy a zahraniční politika československá. Projevy a úvahy z. r. 1919—1924 [Die Probleme des neuen Europas und die tschechoslowakische Außenpolitik. Erklärungen und Überlegungen aus den Jahren 1919—1924]. Prag 1924, Kap. 7: Republika československa a její postavení v Evropě [Die tschechoslowakische Republik und ihre Stellung in Europa] S. 101 ff.

⁴⁸ PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. V. 24, Ts 1604 (L 120544), Po 2, 5 Ts.

dürren Bezeichnung „korrekt“⁴⁹ und manchmal auch „freund-nachbarlich“⁵⁰ nur unvollkommen charakterisiert werden. Die Tschechoslowakei war zwar als Staat der Siegerkoalition anerkannt worden, was sie jedoch nicht von den Verpflichtungen entband, einen gewaltigen Anteil an der Schuldenlast der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zu tragen⁵¹ und überdies die Kriegsschulden für die tschechoslowakische Auslandsarmee an die Gläubigerstaaten zurückzuzahlen⁵². Obwohl die Regelung beider Fragen nicht direkt von einer Lösung der deutschen Reparationsleistungen abhing, bestand ein großes tschechisches Interesse an den deutschen Zahlungen, weil durch sie die Rückzahlung der interalliierten Schulden zunächst hinausgezögert wurde⁵³. Andererseits war die tschechoslowakische Wirtschaft nicht an einer zu starken Belastung Deutschlands interessiert, da sie vom Schwanken der Währungskurse und von Handelsschwierigkeiten mitbetroffen werden mußte.

Beneš äußerte wiederholt seine Besorgnis, daß das alliierte Ultimatum vom 3. März 1921, durch das Deutschland zur Annahme der alliierten Zahlungsbedingungen gezwungen werden sollte, auch die Tschechoslowakei in Mitleidenschaft ziehe⁵⁴. Theoretisch bestand zwar die Möglichkeit, daß sich die Tschechoslowakei an den angedrohten Sanktionen beteiligte, aber diese Beteiligung würde laut Auskunft des deutschen Gesandten in Prag nur die Form einer Verstärkung der tschechoslowakischen Grenzsicherungen annehmen⁵⁵. Die Furcht vor schädlichen Rückwirkungen auf die eigene Wirtschaft, und zwar sowohl bezüglich des direkten Warenaustausches mit Deutschland wie bezüglich der Kosten einer tsche-

⁴⁹ Vgl. neben Anm. 47 die Rede vom 23. V. 22, *Evropa po konferenci v Janově* [Europa nach der Konferenz von Genua] Beneš 175 ff.; dazu die Bemerkungen Kochs: PA, Koch an AA (Or.), Prag 26. V. 22, Ts 1885 (L 119876 ff.), Po 2, 2 Ts.

⁵⁰ Gespräch Dr. Emil Fakter mit Präsident Masaryk, Berliner Börsencourier Nr. 281 vom 18. VI. 22, in: PA, Po 2, 2 Ts.

⁵¹ Nach Art. 203 des Vertrages von St. Germain.

⁵² Eine ausführliche Darstellung: Zika, Oskar: *Finanční důsledky mírových smluv pro Československo* [Die finanziellen Folgen der Friedensverträge für die Tschechoslowakei]. *Zahraniční Politika* 1922, 446—451, 573—577, 653—657, 733—738, 944—955. Als Gesamtbelastung für die ČSR errechnet Zika 31,517 Mrd. Kč, das entspräche pro Kopf der Bevölkerung 2,424 Kč, zum Zeitwert 1922 berechnet, S. 955. Die Redaktion der *Revue* distanzierte sich vorsichtig von dieser Berechnung. Zu den tschechoslowakischen Schulden gegenüber den USA, die am 30. VI. 21 ca. 99 Mill. Dollar betragen: *Amerika a válečné dluhy Evropy* [Amerika und die Kriegsschulden Europas]. *Zahraniční Politika* 1922, 568—573, hier S. 571.

⁵³ Von den eigenen Reparationsverpflichtungen sprach man nicht gern, und im Entwurf des Staatsetats 1923 waren keine Mittel dafür ausgewiesen. Vgl. PA, Koch an AA (Or.), Prag 23. XII. 22, Ts 30 (L 119927 ff.), Po 2, 3 Ts. Zu Reparationen und Auslandsschulden *Přehled hospodářského vývoje Československa v letech 1918—1945* [Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung der Tschechoslowakei in den Jahren 1918—1945]. Hrsg. von R. Olšovský, V. Průcha, H. Gebauerová, A. Pražský, A. Dobrý, J. Faltus. Prag 1963, S. 127 ff.; zur Koppelung von Reparationen und interalliierten Schuldenregelung vgl. Fiš a 1349 ff.

⁵⁴ PA, Saenger an AA (Or.), Prag 9. III. 21. Ts 1083 (L 119715 ff.), Po 2, 1 Ts; Bergmann 89 f.

⁵⁵ PA, Saenger an AA (Dd.), Prag 9. III. 21, Ts 1084 (L 119718 ff.), Po 2, 1; Saenger an AA (Or.), Prag 14. III. 21, Ts 1160 (L 137003 f.), Po 13, 3 Ts.

choslowakischen Mobilmachung, dämpfte selbst in nationalistischen Kreisen den Eifer⁵⁶. In dieser Situation konnte der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Vlastimil Tusar, den deutschen Außenminister Dr. Simons mit der zuversichtlichen Prognose beruhigen, daß sich die tschechoslowakische Regierung an wirtschaftlichen Sanktionen Deutschland gegenüber nicht beteiligen werde: „Eine offizielle Anfrage von den Alliierten habe sie noch nicht erhalten, werde sie aber zweifellos verneinend beantworten, da niemand der Tschechoslowakei den Schaden würde ersetzen können, den die Unterbrechung des notwendigen Warenaustausches zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland seinem Lande zufügen würde“⁵⁷.

Die Frage einer tschechoslowakischen Beteiligung an möglichen späteren Sanktionen blieb solange unentschieden, wie ungeklärt war, ob die Tschechoslowakei berechtigt sei, sich mit eigenen Reparationsforderungen an Deutschland zu wenden⁵⁸. Als die Entscheidung der Reparationskommission schließlich vorlag und feststand, daß der Staat durch die Setzung des 28. Oktober 1918 als Stichtag der Unabhängigkeitserklärung aus der prinzipiellen Berechtigung zu Reparationsforderungen keine praktischen Vorteile ziehen konnte⁵⁹, verstand es die Prager Regierung, ihre Abneigung, an antideutschen Sanktionen mitzuwirken, durch Ausflüchte in die allgemeinen theoretischen Postulate des Versailler Vertrages zu verdecken⁶⁰. Auch das erneute Ultimatum der Reparationskommission vom 5. Mai 1921, das zum Sturz der Regierung Fehrenbach und Bildung des Kabinetts Wirth führte⁶¹, brachte keine Veränderung der tschechoslowakischen Haltung⁶². Nachdem die deutsche Regierung schließlich dem Ultimatum zugestimmt hatte, machte sich in Prager Regierungskreisen eine spürbare Erleichterung bemerkbar, auf diese Weise von einer möglichen unangenehmen Bündnisleistung den Alliierten gegenüber entbunden worden zu sein⁶³.

⁵⁶ PA, Saenger an AA (Dd.), Prag 14. III. 21, Ts 1141, Po 1, 1 Ts. Zu Mobilisierungsgerüchten: PA, Reichskommissar Wellenkamp an AA (Or.), Ratibor 14. III. 21, Ts 1102 (L 137022 ff.), Po 13, 2 Ts; zur Exportabhängigkeit der tschechoslowakischen Industrie Přehled hospodářského vývoje 27 f., 66 ff.; D u f e k, Emil: Konstruktivnost naší zahraniční obchodní politiky [Die Konstruktivität unserer Außenhandelspolitik]. Zahraniční Politika 1922, 29—33, 98—102.

⁵⁷ PA, Aufz. RM Dr. Simons, Berlin 15. III. 21, Ts 1171 (L 119741 ff.), Po 2, 1 Ts.

⁵⁸ PA, Saenger an AA (Dd.), Prag 13. IV. 21, Ts 1492 (L 118866 ff.), Po 1, 1 Ts; Saenger an AA (Dd.), Prag 19. IV. 21, Ts 1544, Po 5, 2 Ts.

⁵⁹ PA, Saenger an AA (Or.), Prag 26. IV. 21, Ts 1640 (L 118871 ff.), Po 1, 1 Ts; Přehled hospodářského vývoje 127 ff.; Z i k a 953 f. Zur gänzlich anderen Rechtslage Polens, das aus Art. 116 Absatz 3 des Versailler Vertrages Reparationsrechte ableiten zu können glaubte und dies von der Reparationskommission, besonders von deren Rechtsabteilung, mehrfach verneint erhielt, vgl. E p s t e i n, Fritz T.: Zur Interpretation des Versailler Vertrages. Der von Polen 1919—1922 erhobene Reparationsanspruch. JbGO (N. F.) 5 (1957) 315—335.

⁶⁰ Beneš in einem Interview in Právo Lidu [Volksrecht], Auszug im Schreiben Ts 1640/21 in Anm. 59.

⁶¹ L a u b a c h, Ernst: Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22. Diss. Marburg 1966. Lübeck-Hamburg 1968 (Historische Studien 402).

⁶² PA, Haniel an Saenger (Tel.), Berlin 13. V. 21, Ts 1841 (L 122393), Po 3, 1 Pol-Ts.

⁶³ PA, RMI an AA (Dd.), Berlin 2. VI. 21, Ts 2081 (L 119766), Po 2, 2 Ts.

Auch während des gleichzeitigen Verlaufs der Oberschlesienkrise äußerte sich die grundsätzliche Haltung der tschechoslowakischen Regierung darin, daß sie in verbalen Stellungnahmen die französische Haltung vorsichtig unterstützte, sich aber in der praktischen Politik von jeder Handlung fernhielt, die den Staat zu einem Satelliten der französischen oder polnischen Politik machen konnte⁶⁴. Entgegen den französischen und polnischen Wünschen befürwortete Beneš nämlich die Teilungspläne für Oberschlesien; denn eine Zuweisung des ganzen Gebietes an Polen oder an Deutschland mußte wegen der damit verbundenen Stärkung einer der beiden Parteien für die Tschechoslowakei gleichermaßen unerwünscht sein. Allerdings zog sich Beneš mit dieser Haltung sowohl den deutschen wie den polnischen Zorn zu, ohne Polen von der Forderung einer Teilrevision der gemeinsamen Grenzen abzubringen. Paris wie Warschau mußten die Politik des tschechoslowakischen Außenministers umsomehr als eigenwillig empfinden, als er zugleich Polen den Beitritt zur Kleinen Entente mit der wenig schmeichelhaften Begründung verwehrte, daß „diese geschaffen worden [sei], Mitteleuropa zu konsolidieren, und Polen nicht zu Mitteleuropa“ gehöre⁶⁵. Die Interessen Prags, sich nicht auf die ungesicherte polnische Ostgrenze festzulegen, ließ die sonst so pointiert vorgebrachte Forderung der Sicherung des *status quo* in diesem Teil Europas weniger deutlich werden. Nur in einer Frage war die tschechoslowakische Regierung absolut unnachgiebig und ging sogar bis an den Rand des Krieges, um den *status quo* zu bewahren: in der Frage der Habsburger Restauration in Ungarn⁶⁶.

Der Weltkrieg hatte für Ungarn die größten territorialen Verluste gebracht, so daß sich der Staat im wesentlichen auf die ethnisch magyarischen Kerngebiete reduziert sah. Da seine Nachbarstaaten Rumänien in Siebenbürgen und die Tschechoslowakei in der Slowakei einen großen Prozentsatz magyarisch sprechender Bevölkerung erhalten hatten, war die ungarische Forderung der historischen Grenzen der alten Monarchie z. T. auch ethnisch fundiert. Zur Abwehr dieses Anspruchs hatten die drei Anrainerstaaten Ungarns, die Tschechoslowakei, Rumänien und das südslawische Königreich, die Kleine Entente begründet, die dem ungarischen Staat militärisch weit überlegen war. Eine weitere Gefahr für die Tschechoslowakei brachte der Anspruch des Hauses Habsburg auf die Krone Ungarns mit sich. Die agrarisch strukturierte Slowakei mit der starken religiösen Bindung der Bevölkerung war noch lange nicht fest in den neuen Staat integriert⁶⁷. Mühsam verdeckte die Fiktion einer einheitlichen „tschechoslowakischen

⁶⁴ S. Anm. 62; PA, Saenger an AA (Dd.), Prag 19. VII. 21, Ts 2601 (L 118889 ff.), Po 1, 1 Ts.

⁶⁵ PA, Saenger an AA (Or.), Prag 28. VII. 21, Ts 2717 (L 118894 f.), Po 1, 1 Ts.

⁶⁶ O l i v o v á, Věra: Československá politika a pokus o restauraci Habsburků v roce 1921 [Die tschechoslowakische Außenpolitik und der Versuch der Habsburgerrestauration im Jahre 1921]. ČSČH 7 (1959) 675—698.

⁶⁷ K r a m e r, Juraj: Iredenta a separatismus v Slovenskej politike (Štúdiá o ich vzťahu) [Irredentismus und Separatismus in der Slowakischen Politik. Studien über ihre Wechselbeziehungen]. Preßburg 1957; d e r s.: Slovenské autonómické hnutie v rokoch 1918—1929 [Die slowakische autonomistische Bewegung in den Jahren 1918—1929]. Preßburg 1962.

Nation“ die tiefgehenden ethnischen, sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen beiden slawischen Völkern. Nimmt man hierzu noch das Problem der großen deutschen Minderheit in den böhmischen und mährischen Landesteilen der Republik⁶⁸, so wird klar, daß ein gemeinsames Integrationsmotiv dieser so unterschiedlichen Bevölkerungsteile die größte Gefahr für den Zusammenhalt des multinationalen neuen Staates bedeuten konnte. Ein solches Integrationsmotiv aber konnte die Dynastie der Habsburger sein, der sich die slowakischen Bauern als dem alten ungarischen Königshaus zuneigten und in der die Deutschböhmern das Symbol ihrer verlorenen sozialen und politischen Privilegierung in der Doppelmonarchie erblickten.

Als daher im März und Oktober 1921 der ehemalige Kaiser Karl II. zweimal den Versuch unternahm, gegen den Willen der Ententetruppen seinen Thron in Budapest einzunehmen, fühlte sich die Prager Regierung nicht nur als Wahrerin der Pariser Vorortverträge zu einem Eingreifen verpflichtet. Die tschechoslowakische Regierung mobilisierte Teile der Armee, richtete ein Ultimatum an Budapest und ließ keinen Zweifel daran, daß Karls Rückkehr den *casus belli* darstelle⁶⁹. Gleichzeitig widersprach die tschechoslowakische Regierung aber energisch allen Vermutungen, daß sich die Teilmobilisierung auch gegen Deutschland oder gegen Oberschlesien wenden könne⁷⁰. Zwar wurde Karl beim zweiten Rückkehrversuch gefangen genommen und die Kleine Entente in gewisser Weise an der Kontrolle der ungarischen Abrüstungsverfahren beteiligt⁷¹, aber dennoch war die ganze Aktion in mehrfacher Hinsicht nicht zum Besten Prags ausgegangen. Frankreich und Italien hatten das rasche tschechoslowakische Vorgehen mißbilligt und weitergehende Pläne einer direkten Einflußnahme in die ungarischen Verhältnisse vereitelt; die Verbündeten in der Kleinen Entente waren der tschechoslowakischen Initiative mit wenig Begeisterung gefolgt⁷², die Mobilisierung der Truppen war nicht in allen Gebieten des Staates reibungslos verlaufen⁷³ und schließlich mußte Prag die Kosten seiner voreiligen militärischen Vorbereitung trotz aller Proteste selbst tragen. Der Versuch der Tschechoslowakei, in kleinerem Rahmen die Sanktionspolitik Frankreichs nachzuahmen, war also gescheitert, und Frank-

⁶⁸ Über die Sonderstellung der Deutschen in der Slowakei J a h n, Egbert K.: Die Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1918—1929. Ein Beitrag zur Nationalitätenproblematik. München-Wien 1971 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 25).

⁶⁹ PA, Aufz. Haniel, Berlin 22. X. 21, RM 4073 (D 579848), 35, 1 RM. Zur Einschätzung Österreichs und der Habsburger vgl. K u d e l a, Josef: Příprava nové střední Evropy za války [Die Vorbereitung eines neuen Mitteleuropa während des Krieges]. Zahraniční Politika 1922, 719—724.

⁷⁰ PA, Koch an AA (Or.), Prag 25. X. 21, Ts 3918 (L 118918 ff.), Po 1, 1 Ts; Koch an AA (Tel.), Prag 26. X. 21, Ts 3845 (L 137153), Po 13, 2 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 27. X. 21, Ts 3876 (L 123077 ff.), Po 3, 1 Ts-U; Gerüchte, daß tschechoslowakische Aktionen gegen Bayern geplant seien, werden zurückgewiesen: PA, Koch an AA (Or.), Prag 2. XI. 21, Ts 4042 (L 118925 ff.), Po 1, 1 Ts; Aufz. Haniel (Ab.), Berlin 19. XI. 21, Ts 4212 (L 137303 f.), Po 13, 2 Ts.

⁷¹ PA, Aufz. Haniel (Dd.), Berlin 1. XI. 21, Ts 3931 (L 118922 f.), Po 1, 1 Ts.

⁷² PA, Wachendorf an AA (Ab.), Belgrad 3. XI. 21, U 1643 (K 118050 ff.), Po 4, 2 Kl. E.

⁷³ U. a.: PA, Koch an AA (Or.), Prag 31. X. 21, Ts 3965 (L 137180 f.), Po 13, 2 Ts; Dieckhoff an AA (Or.), Prag 5. XI. 21, Ts 4039 (L 137185 f.), Po 13, 2 Ts.

reich hatte zudem einiges an seinem Vertrauenskapital in der tschechoslowakischen Hauptstadt verspielt, nicht nur, weil die Gesandten Londons und Paris' in schulmeisterlicher Manier die Aktionen der Regierung gebremst hatten, sondern besonders, weil sie nicht einmal einen Teil der entstandenen Mobilisierungskosten Ungarn anlasten wollten⁷⁴.

Das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis wurde durch diese Aktion nicht betroffen, da das Deutsche Reich sich neutral verhalten hatte, was von Beneš durchaus gewürdigt wurde⁷⁵. Der Tschechoslowakische Außenminister erklärte nämlich dem neuen deutschen Gesandten, Dr. Walter Koch, anlässlich dessen Antrittsbesuchs⁷⁶: „Besonders am Herzen liege ihm, seinen Anteil an der Herstellung einer besseren Temperatur zwischen Deutschland und Frankreich beizutragen.“

Auch dem Beneš-Skirmunt-Abkommen, das vorübergehend eine Entspannung des polnisch-tschechoslowakischen Verhältnisses nach sich zog, wurde jede anti-deutsche Spitze abgesprochen⁷⁷. In der Diskussion über die Mobilisierung und ihre Folgen wurde sogar die Anwesenheit der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei in Frage gestellt⁷⁸, was aber nach Übernahme der französischen Regierung durch Poincaré sofort wieder aufhörte. Das Auswärtige Amt in Berlin schätzte zum Jahreswechsel 1921/22 die Haltung der Tschechoslowakei zu Deutschland als zuvorkommender denn je ein, obwohl die tschechoslowakische Presse die französische Version über die Reparationen wiedergab, und es besaß die Zuversicht, daß sich die Prager Regierung in den deutsch-französischen Auseinandersetzungen weiterhin neutral verhalten würde.

*

Aber schon die ersten tschechoslowakischen Presseäußerungen nach dem Regierungsantritt Poincarés machten deutlich, daß sich die Tschechoslowakei kaum von der Politik Frankreichs werde distanzieren können. Der neue französische Ministerpräsident wurde als Freund der Tschechen dargestellt⁷⁹, und je häufiger die Stimmen wurden, die in seiner Berufung einen Schutz der Tschechoslowakei

⁷⁴ S. Anm. 72.

⁷⁵ Neutralität von Koch empfohlen: PA, Koch an AA (Or.), Prag 27. X. 21, Ts 3876 (L 123077 ff.), Po 3, 1 Ts-U; von Beneš gewürdigt: PA, Koch an AA (Or.), Prag 2. XI. 21, Ts 4042 (L 118925 ff.), Po 1, 1 Ts.

⁷⁶ Über den Antrittsbesuch: PA, Koch an AA (Dd.), Prag 30. X. 21, Ts 4009 (L 119809 ff.), Po 2, 2 Ts; das Zitat s. Anm. 75, Ts 4042.

⁷⁷ Zum Beneš-Skirmunt-Abkommen vom 20. X. 21, vgl. Wandycz 238—264; PA, v. Schoen an AA (Dd.), Warschau 24. X. 21, Ts 4008, Po 3, 1 Pol-Ts; Aufz. Haniel, Berlin 1. XI. 21, Ts 3931 (L 118922 ff.), Po 1, 1 Ts.

⁷⁸ PA, Koch an AA (Or.), Prag 24. XI. 21, Ts 4340 (L 137330), Po 13, 2 Ts; Dieckhoff an AA (Or.), Prag 2. XII. 21, Ts 4473 (L 137335 f.), Po 13, 2 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 4. I. 22, Ts 104 (L 137338 f.), Po 13, 2 Ts.

⁷⁹ PA, Koch an AA (Or.), Prag 23. I. 22, Ts 314 (L 119850 ff.), Po 2, 2 Ts; Koch an AA (Dd.), Prag 23. I. 22, Ts 324, Po 1, 2 Ts. Französische Belege lassen sich dafür nicht finden; eher kann man im Gegenteil mit dem Ausscheiden von Philippe Berthelot aus dem Quai d'Orsay von einer Schwächung der tschechoslowakischen Position sprechen; eine Würdigung von Ostróvský: Filip Berthelot. *Zahraniční Politika* 1922, 92—94; Bréal, Auguste: Philippe Berthelot. Paris 1937.

vor einer möglichen deutschen Bedrohung sahen, umso geringer wurde die Hoffnung, daß die Tschechoslowakische Republik in ihrer Haltung Deutschland gegenüber den eingeschlagenen Kurs werde fortsetzen können⁸⁰.

Die noch von Lloyd George und Briand beschlossene Konferenz von Genua, die unter Einbeziehung der Sowjetregierung eine Überwindung der Lähmung des europäischen Nachkriegssystems anstreben sollte, wurde durch die von Poincaré geforderte Themenbeschränkung ihrer eigentlichen Problematik entkleidet⁸¹. Mit seinem Memorandum vom 5. Februar 1922 erreichte er nämlich, daß alle mit dem Versailler Vertrag und der Frage einer Berechtigung von Sanktionen zusammenhängenden Probleme von der Behandlung auf der Konferenz ausgeschlossen werden sollten. Da die französische Regierung auch die Abrüstungsfrage für undiskutabel hielt, blieb nur das Verhältnis zu Rußland als Thema der geplanten Konferenz übrig. Beneš erfuhr auf seiner Reise nach London von den tiefgehenden französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Reparationen und der deutschen Bitte um ein Moratorium, die seiner Hauptsorge Nahrung gaben, daß sich daraus eine endgültige Entfremdung beider Alliierten ergeben könne⁸². Seine Äußerungen zur Reparationsfrage blieben daher vorsichtig vieldeutig und zeigten seine Absicht, in der zu erwartenden Krise möglichst neutral zu bleiben. „Über Deutschland befragt erklärte Beneš [in einem Interview in Die Zeit⁸³], daß die Zukunft der Tschechoslowakei nicht von Deutschland abhängig sei; aber auf die Dauer sei ein gesundes Deutschland eine wesentliche Notwendigkeit. Die Tschechoslowakei könne zwar gewisse unmittelbare Vorteile aus dem Niedergang Deutschlands erwarten, aber größere würden ihr aus der Wiederherstellung der Gesundheit des Nachbarstaates erwachsen.“

Beneš' schwankende Haltung in der Frage der Mitwirkung an Sanktionen hatte ihren Ursprung und ihre Rechtfertigung darin, daß er einerseits in ihrer Anwendung Deutschland gegenüber wirtschaftliche Nachteile für seinen eigenen Staat voraussah, und sie andererseits als „Waffe des Angriffs“ gegen eine mögliche Restauration der Habsburger Ungarn gegenüber stets in der Hand behalten wollte⁸⁴. Als Alternative zu dem Vorgehen der einzelnen Staaten betrachtete er nur die Einschaltung des Völkerbundes, was jedoch von der auf ihre Souveränität pochenden französischen Regierung abgelehnt wurde. Es war das Dilemma der tschechoslowakischen Politik, an Frankreich gebunden zu sein und doch mit den Interessen dieses Verbündeten nicht voll übereinzustimmen.

⁸⁰ Rathenau stand in Kontakt mit den Tschechen, glaubte sie aber zu sehr unter französischem Einfluß, als daß sie gegen Frankreich von Nutzen sein konnten; d' A bernon I 270 (Tgb.-Aufz. 9. III. 22).

⁸¹ Bergmann 158 ff.; Lloyd George 69 ff.; Nicolson 241 ff.

⁸² PA, Sthamer an AA (Or.), London 23. II. 22, E 378 (E 188294 ff.), Ye 1 StS; Sthamer an AA (Dd.), London 1. III. 22 (E 188264 ff.), Ye 1 StS; Melč 1478 ff.

⁸³ Die Zeit Nr. 149 vom 29. III. 22, in: PA, Po 2, 2 Ts.

⁸⁴ PA, Tgb. Genua 28. IV. 22, S. 23 (D 739168), 5 h adh 2 RM; Aufz. Rathenaus über ein Gespräch mit Beneš: „Sein Land könne im Hinblick auf die Gefahren der Habsburger Frage und der Konspirationen in Karpatho-Galizien nicht auf die Waffe des Angriffs ohne weiteres verzichten“, PA, Tgb. Genua 2. V. 22, S. 27 ff. (D 739172 ff.), 5 h adh 2 RM.

Während der Konferenz von Genua brachte der überraschende Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages von Rapallo vom 16. April 1922 eine plötzliche Verschärfung der internationalen Probleme. Er erregte für einige Zeit die öffentliche Meinung in den Staaten der Siegerkoalition und schürte den Verdacht, daß Deutschland durch die Annäherung an Sowjetrußland nach politischen Auswegen aus seinen Zahlungsverpflichtungen suche⁸⁵. Die Weigerung Poincarés, auf der Konferenz von Genua Reparationsfragen zu diskutieren, schien durch dieses Ereignis nachträglich gerechtfertigt, und seine Drohung in der Rede von Bar-le-Duc vom 24. April 1922 ließ für die Behandlung der Reparationsfrage keinerlei Rücksicht auf deutsche Wünsche erwarten⁸⁶. Obwohl Deutschland durch den Rapallo-Vertrag ein Scheitern der Verhandlungen riskiert hatte, spielte dieser Mißklang im weiteren Verlauf der Diskussionen kaum eine Rolle; im Gegenteil wurde die Isolierung Frankreichs immer deutlicher, da es sich in den Beratungen der internationalen Anleihekommision jeder wirtschaftlich vernünftigen Regelung als Basis einer Anleihe für Deutschland widersetzte⁸⁷.

Offenbar stellte sich Beneš mit seinem außenpolitischen Exposé vom 23. Mai 1922 auf diese Stimmung ein⁸⁸, da er darin das europäische Hauptproblem einer Regelung der deutschen Frage kühl behandelte und lediglich am Rande auf die Notwendigkeit einer Lösung der Reparationsfrage hinwies, ohne zu den Sanktionsdrohungen gegen Deutschland klar Stellung zu beziehen⁸⁹. Diese tschechoslowakische Bemühung um Neutralität wurde aber dadurch verschleiert, daß zur gleichen Zeit der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, der für seine Deutschfreundlichkeit und sein gutes Verhältnis zu deutschen Stellen bekannt war⁹⁰, eine längere Reise nach Paris antrat⁹¹, während Beneš und Masaryk zu verschiedenen

⁸⁵ Schieder, Theodor: Das Problem des Rapallo-Vertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922—1926. Köln 1956 (AGF des Landes Nordrhein-Westfalen. Geisteswissenschaften 3); ders.: Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages. HZ 204 (1967) 545—609; Erdmann: Deutschland; vgl. Epstein 331 f. Anm. 66; Äußerung der Informationsabteilung der Reparationskommission.

⁸⁶ Schieder: Entstehungsgeschichte 596.

⁸⁷ Vgl. Erdmann: Deutschland 156 ff.; besonders die Reaktionen auf die Rede Poincarés in der französischen Kammer vom 2. Juni 1922. Zur praktischen Erledigung der polnischen Reparationsansprüche durch das Votum der Reparationskommission Epstein 331 ff.; obwohl man den polnischen Standpunkt weiterhin verbal unterstützte, ebenda 332.

⁸⁸ Text in Prager Presse Nr. 140 vom 24. V. 22, in: PA, Ts 1878, Po 5 Ts; Veröffentlichung s. Anm. 47.

⁸⁹ PA, Koch an AA (Or.), Prag 26. V. 22, Ts 1885 (L 119876 ff.), Po 2, 2 Ts; Koch an AA (Dd.), Prag 31. V. 22, Ts 1901, Po 5, 2 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 2. VI. 22, Ts 1957 (L 119882 ff.), Po 2, 2 Ts.

⁹⁰ d'Abernon I 284 (Tgb.-Aufz. 21. III. 22) hielt ihn für das best informierte Mitglied des diplomatischen Korps in Berlin; ebenso das AA: PA, Aufz. Berlin 5. XII. 22, Ts 4128 (L 119920 ff.), Po 2, 3 Ts.

⁹¹ Beneš hatte ihm (wegen seiner Deutschfreundlichkeit?) Sprachstudien in Paris nahe gelegt; d'Abernon II 53 f. (Tgb.-Aufz. 30. VI. 22). In den Akten finden sich einige seltsame Spekulationen über die Reise, bis hin zum Verdacht der antideutschen Spionage: PA, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an Ministerialdirektor v. Maltzan, Berlin 26. V. 22, Ts 1888 (L 136105), Po 9, 1 Ts; Bayerische Gesandtschaft an AA, Berlin 31. V. 22, Ts 1921 (L 136106 ff.), Po 9, 1 Ts.

Anlässen die Hoffnung auf eine Verbesserung der tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen äußerten⁹².

Wie sich bald herausgestellt hatte, konnten die unklaren tschechoslowakischen Äußerungen in der Öffentlichkeit von interessierter Seite dazu benutzt werden, die Prager Politik bewußt zu mißdeuten und dafür selbst Fälschungen einzusetzen. Am 11. Juni 1922 erschien in den Innsbrucker Nachrichten — später in anderen Zeitungen nachgedruckt — der Text eines angeblich am 28. Oktober 1918 zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich abgeschlossenen Vertrages, der am 22. April 1921 und am 8. September 1921 durch weitergehende militärische Zusatzabkommen ergänzt worden sein sollte⁹³. Die dort mitgeteilten Einzelheiten einer engen militärischen und politischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei konnten den Staatssekretär Haniel jedoch nicht von ihrem Wahrheitsgehalt überzeugen, nachdem er zuletzt in Genua Zeuge der Bemühungen von Außenminister Beneš gewesen war, sich nicht auf eine Mächtegruppe festlegen zu lassen⁹⁴. „Benesch, der sehr systematisch denkt, und zweifellos die außenpolitischen Beziehungen seines Staates langsam und zielbewußt ausgebaut hat, schwebt offenbar eine Art Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes vor, wobei er bestrebt ist, die geringe politische Schwerkraft seines kleinen Landes durch Ausbau der Kleinen Entente unter seiner Führung zu vergrößern.“ Aus der Zeit der Staatsgründung beständen noch enge Bindungen der Tschechoslowakei an Frankreich, aber trotz starker persönlicher Beziehungen Benešs zu Frankreich sei er kein blindes Werkzeug der französischen Politik. „Er ist zwar offensichtlich bemüht, sich bis zu einem gewissen Grade von der französischen Fessel freizumachen; diese besteht aber vorläufig noch.“ Angelpunkte dieser Verbindungen mit Frankreich seien der militärische Einfluß und die Schulden der Tschechoslowakei. „Zusammenfassend ist also zu bemerken, daß höchstwahrscheinlich geheime Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bestehen, daß diese aber vermutlich keine bindenden Verpflichtungen für Herrn Beneš zu militärischem Eingreifen enthalten, sondern in loser Form so gehalten sind, daß es ihm möglich ist, in jedem einzelnen Fall die Zweckmäßigkeit militärischer Aktionen vom Standpunkt seiner Politik aus nachzuprüfen.“

Der deutsche Gesandte in Prag erweiterte das Bild um eine Nuance⁹⁵, indem er hervorhob, daß trotz der Bemühungen Benešs um einen Ausgleich zwischen England und Frankreich Paris in seinen Überlegungen das größere Gewicht besitze, weil nur Paris sich eindeutig zum *status quo* des Versailler Vertrages und zum Verbot eines Anschlusses von Österreich an Deutschland bekannt habe. Sollten die Spannungen zwischen London und Paris schließlich eine klare Entscheidung für einen der beiden Alliierten notwendig machen, so bestand nach Meinung des Gesandten in Prag kein Zweifel darüber, daß die Tschechen für Frankreich vo-

⁹² PA, Keller an AA (Or.), Belgrad 10. VI. 22, Ts 2063 (L 119889 ff.), Po 2, 2; s. Anm. 49.

⁹³ PA, Hintze an AA (Or.), Innsbruck 12. VI. 22, Ts 2061 (L 140528 f.), Po 3 Fr-Ts.

⁹⁴ PA, Runderlaß Haniel, Berlin 4. VII. 22, Ts 2061 (L 119933 ff.), Po 2, 3 Ts.

⁹⁵ PA, Dieckhoff an AA (Or.), Prag 14. VII. 22, Ts 2433 (L 140544 ff.), Po 3 Fr-Ts.

tieren würden⁹⁶. Dies mußte besonders für den Fall gelten, daß Großbritannien in der Frage einer Rückzahlung der interalliierten Schulden bei der Meinung blieb, die es in der Balfour-Note vom August 1922 vertrat, während Frankreich in dieser Angelegenheit durch die Verknüpfung von Reparationszahlungen und interalliiertes Schuldenregelung einen für die kleinen Staaten günstigeren Standpunkt einnahm⁹⁷.

Aber selbst wenn dieser Fall eintrat, konnte sich Berlin auf die innenpolitische Opposition der deutschen Minderheit gegen jeden abenteuerlichen Schritt der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutschland verlassen, abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Bindungen an Deutschland einen profranzösischen Rigorismus in der Frage der Reparations- und Sanktionspolitik unwahrscheinlich machten⁹⁸. Ferner konnte auf Grund ihrer nationalen Zusammensetzung auch die tschechoslowakische Armee kein geeignetes Werkzeug einer Frankreich-hörigen Aggressionspolitik sein⁹⁹. Gerade in der Bewertung des letzten Punktes war eine vollkommene Übereinstimmung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswehrministerium festzustellen, die beide mehrfach den ängstlichen Befürchtungen einiger Länderregierungen entgegentraten¹⁰⁰.

*

Im Herbst 1922 jedoch begann der Gesandte Koch langsam an der oben charakterisierten tschechoslowakischen Haltung zu zweifeln, weil er aus einigen Anzeichen eine distanziertere Einstellung der Tschechoslowakei zu Deutschland folgern zu können glaubte. So war er bei dem Besuch des österreichischen Kanzlers nicht zu den offiziellen Empfängen geladen worden, was er nicht nur als eine persönliche Kränkung empfand¹⁰¹. „Man fühlt sich nachgerade hier stark genug, um sich über die primitiven Pflichten der Artigkeit gegen das Nachbarland hinwegzusetzen“, hielt er in seinem Bericht fest¹⁰². Aber diese Zurücksetzung des

⁹⁶ PA, Dieckhoff an AA (Or.), Prag 13. VII. 22, Ts 2430 (L 142149 ff.), Po 3 Js-Ts.

⁹⁷ Auf diesen Zusammenhang weist besonders Fiš a 1349 f. hin.

⁹⁸ PA, Koch an AA (Or.), Prag 18. VIII. 22, Ts 2912 (L 118944 ff.), Po 1, 2 Ts; Prager Presse Nr. 303 vom 4. IX. 22, in: PA, Po 1, 2 Ts.

⁹⁹ Über die Bewertung der tschechoslowakischen Armee und der einzelnen Manöver: PA, Koch an AA (Or.), Prag 1. IX. 22, Ts 3049 (L 137454), Po 13, 3 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 22. IX. 22, Ts 3310 (L 137460 ff.), Po 13, 3 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 14. IX. 22, Ts 4010 (L 137485 ff.), Po 13, 3 Ts; Köster an AA, Prag 23. XI. 22, Ts 4073 (L 137492 ff.), Po 13, 3 Ts.

¹⁰⁰ PA, Reichswehrministerium an AA (Or.), Berlin 24. VI. 22, Ts 2250 (L 137424 f.), Po 13, 3 Ts; Köpke an bayrisches AA (Konz.), Berlin 12. VII. 22, zu Ts 2212, 2318 (L 120314 f.), Po 2, 4 Ts; Haniel an das sächsische AA, Berlin 26. VII. 22, zu Ts 2250 (L 137439 ff.), Po 13, 3 Ts.

¹⁰¹ Bundeskanzler Dr. Seipel kam am 21. VIII. 22 nach Prag und reiste am 23. VIII. nach Berlin weiter; über seinen Aufenthalt in Berlin vgl. d' A b e r n o n II 87 ff. (Tgb.-Aufz. 23. bis 26. VIII. 22).

¹⁰² Koch bezeichnet den Besuch als „völlig unerwartet“, PA, Koch an AA (Or.), Prag 22. VIII. 22, Ts 2911 (K 282503 f.), Po 3, 1 Oe-Ts. Kochs Stellung in Prag scheint in den ersten Monaten seiner Amtszeit ausgesprochen schwierig gewesen zu sein. Sein Vorgänger, Prof. Saenger, hatte über enge persönliche Kontakte zu Masaryk und Beneš verfügt, die sich Koch erst langsam erwerben konnte.

Deutschen Reiches und seines Vertreters war auch alles, was sich über eine tschechoslowakische Unterstützung des französischen Standpunktes im Konflikt mit Deutschland in einem Augenblick feststellen ließ, da die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei durch steigende Arbeitslosigkeit, geringen Auftragsbestand und Sturz der Krone gekennzeichnet war¹⁰³. Beneš gab daher auch wieder nur ausweichende Antworten, als Koch ihn nach einer Rede zur Wiedereröffnung der Kammer am 24. Oktober einen Tag später bat, seine verbalen Angriffe gegen Deutschland zu konkretisieren¹⁰⁴.

In seinem Bericht über diese Unterredung ließ Koch seiner Verärgerung über Beneš Haltung freien Lauf: „Es handelt sich bei all den Verhandlungen, Reisen, Entrevues Beneschs immer um das gleiche: eine chinesische Mauer um Deutschland zu ziehen, zu verhindern, daß jemand den politischen Leichnam Deutschland aus seinem Grabe heraushelfe. Solange Deutschland leblos daliegt, ist es den kleinen Staaten am wohlsten. Freilich in Verwesung möchte der Leichnam nicht übergehen; aber noch fataler wäre es ihnen, wenn er sich eines Tages wieder auf seine Füße stellte.“ Beneš konnte sich zwar darauf berufen, daß es seit Gründung seines Staates keine Spannungen zwischen Berlin und Prag gegeben hatte; was Koch aber möglicherweise in Beneš Antwort vermißte, war eine Würdigung seines eigenen Beitrags, den er als damaliger Innenminister von Sachsen mit der Ablehnung einer Waffenhilfe für die deutsch-böhmische Landesregierung geleistet hatte¹⁰⁵ und der ihm später vielfach zum Vorwurf gemacht wurde. Koch kritisierte ferner die scheinheilige Beteuerung der Tschechoslowakei, die Pariser Verträge in allen Punkten zu erfüllen: „Man würde wahrscheinlich bald finden, daß diejenigen Bestimmungen, die für die Tschechoslowakei grundlegend seien, von Deutschland in keiner Weise angefochten werden, und daß diejenigen Bestimmungen, die von Deutschland als unerträglich, unmöglich und verderbenbringend angesehen werden, die Interessen der Tschechoslowakei gar nicht oder nur sehr mittelbar berühren.“ Bei der unkritischen Übernahme der französischen Einwände gegen die deutschen Reparationszahlungen, die u. a. zum Beispiel in dem Nachbeten des unbewiesenen französischen Vorwurfes, daß Deutschland absichtlich seine Währung zerrützte, zutage tritt, würden Kochs Meinung nach von tschechoslowakischer Seite die deutschen Leistungen auf eine unfaire Weise unterschlagen. Koch hielt Beneš vor, daß die tschechoslowakische Regierung, „die in den letzten zwei Jahren sich als Führerin der Kleinen Entente in allen Fragen der Weltpolitik nicht ohne Erfolg eine gewisse Ingerenz zu sichern gewußt“ habe, „nur in der Reparationsfrage eine merkwürdige Apathie gezeigt“ habe. „Vielleicht lohne sich die Nachprüfung“, schließt Koch seinen Bericht, „ob eine solche Haltung dauernd ihrem eigenen Interesse diene.“

Mochten diese Vorwürfe des Gesandten auch berechtigt sein, wenn man auf die

¹⁰³ PA, Koch an AA (Or.), Prag 4. X. 22, Ts 3510, Wi 1, 1 Ts.

¹⁰⁴ Beneš 205 ff.: Hospodářská rekonstrukce Rakouska a Společnost Národů [Der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs und der Völkerbund]; PA, Koch an AA (Or.), Prag 25. X. 22, Ts 3760 (L 131318 ff.), Po 5, 3 Ts.

¹⁰⁵ Br ü g e l, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche. 1918—1938. München 1968, S. 58.

offiziellen Äußerungen der Prager Regierung schaute, so trafen sie jedoch nur einen Teil der tatsächlichen Situation. Tusar hatte schon früher erklärt, daß die „Reparationskommission völlig bankrott gemacht habe und mit ihrem Latein am Ende sei“¹⁰⁶, und er sah daher als Auswirkung dieser Politik für Deutschland und ganz Mitteleuropa schlimme Zeiten voraus. Die gleiche Meinung vertrat auch sein Außenminister in einem Interview mit dem *Petit Journal* in Paris, in dem er feststellte: „Wir sind beunruhigt, ja sogar in Schrecken versetzt über die Nachwirkungen, die der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands nach sich ziehen kann, nicht nur in Tschechien, sondern auch in Österreich, in Ungarn, in Polen und ganz Mitteleuropa“¹⁰⁷. In die gleiche Richtung gingen weitere Äußerungen des Gesandten Tusar, als er in einem Gespräch über die allgemeine Lage im Auswärtigen Amt in Berlin sein Bedauern über die Entwicklung in der Reparationsfrage zum Ausdruck brachte¹⁰⁸. Er sah nicht in der Person des Ministerpräsidenten Poincaré den Hauptschuldigen an der Verschärfung der internationalen Situation, sondern er vermutete, daß Poincaré unter dem Einfluß einer Öffentlichkeit stehe, die auch nach seiner Ablösung eine andere Regierung zwingen würde, durch starken Druck auf Deutschland Erfolge zu erbringen. Dies aber mußte eine weitere Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa nach sich ziehen und auch die Tschechoslowakei treffen. Tusar behauptete daher: „Benesch habe ausschließlich deswegen seine auch durch die Presse bekannt gewordenen Schritte bei der Pariser Regierung getan, weil eine weitere Schwächung des Deutschen Reiches, das früher der größte Abnehmer der tschechischen Industrie . . . gewesen sei, die Industriekrise der Tschechoslowakei, unter der das Land jetzt schon empfindlich leide, auf unabsehbare Zeit hinaus verlängern würde“¹⁰⁹.

Obwohl Koch in einem Bericht vom gleichen Tage diese Meinung grundsätzlich teilte, glaubte er nach der jüngsten Reise von Außenminister Beneš nach Paris zweifelsfrei feststellen zu können: „unentwegter als je fährt [Beneš] im Kielwasser der Franzosen“¹¹⁰. Die Gründe dafür sah er nicht nur in der schlechten Wirtschaftslage des Landes, sondern auch in den abgekühlten Beziehungen zu Belgrad, wo der tschechische Führungsanspruch zunehmend auf Kritik stieß¹¹¹. „Man fühlt sich hier etwas isoliert“, bemerkte Koch, „ist in Gefahr, aus dem

¹⁰⁶ PA, Aufz. Berlin 30. IX. 22, Ts 3364 (L 136110 ff.), Po 9, 1 Ts.

¹⁰⁷ PA, Tel. Wertheimer, Paris 30. XI. 22 (K 118234 ff.), Po 4, 3 Kl. E.; ähnlich: Koch an AA (Or.), Prag 5. XII. 22, Ts 4182 (L 136620 ff.), Po 11, 3 Ts.

¹⁰⁸ PA, Aufz. Berlin 5. XII. 22, Ts 4128 (L 119920 ff.), Po 2, 3 Ts.

¹⁰⁹ Zitat s. Anm. 108; zur tschechoslowakischen Wirtschaft, die in den letzten Monaten des Jahres 1922 ihrem Tiefpunkt entgegenging, vgl. *Přehled hospodářského vývoje, zum Haushaltsdefizit* Tabelle 16, S. 708 ff.; *Faltus, Josef: Povojnová hospodářská kríza v letech 1921—1923 v Československu (Priemysel a peňažníctvo)* [Die Nachkriegswirtschaftskrise in der Tschechoslowakei in den Jahren 1921—1923 (Industrie und Bankwesen)]. Preßburg 1966.

¹¹⁰ S. Anm. 107, Ts 4182.

¹¹¹ Vgl. die Abberufung des jugoslawischen Gesandten Vošnjak aus Prag: PA, Koch an AA (Or.), Prag 12. XI. 22, Ts 3939 (L 142161 ff.), Po 3 Js-Ts; Keller an AA (Or.), Belgrad 5. XII. 22, 490 (K 118246 ff.), Po 4, 3 Kl. E.

Spiel zu kommen. Da gebietet es die Klugheit, sich wenigstens an Frankreich fest heranzuhalten. Dort ist man ohnehin immer gewärtig, von Polen, mit dem man wie Hund und Katze steht, überflügelt zu werden. Und wenn es zu Sanktionen kommt, möchte man dabei sein; vielleicht ist da ein Lohn zu verdienen.“ Koch empfand es als „merkwürdig“, daß gerade in diesen kritischen Tagen der französische Gesandte in Prag, Couget, und der Chef der französischen Militärmission, General Mittelhauser, nach Paris berufen worden waren¹¹².

Unter dem Eindruck dieser Beurteilung war es verständlich, daß das Auswärtige Amt den in letzter Zeit wieder zahlreicher und deutlicher gewordenen Berichten¹¹³ über mutmaßliche tschechoslowakische Pläne, an einer französischen Aktion gegen Deutschland mitzuwirken, mehr Glauben zu schenken begann. Beneš hatte dem italienischen Außenminister Schanzer bei einer Zusammenkunft in Venedig angeblich vertraulich mitgeteilt¹¹⁴, „daß er sich für den Fall eines Zusammenbruches Deutschlands einen bestimmten Plan für sein Verhalten zurecht gelegt habe“. Aufgrund der oben geschilderten pessimistischen Beurteilung der internationalen Lage durch Prag stellte der deutsche Staatssekretär fest: „Bei der konstruktiven Denkungsart des Herrn Benesch ist in der Tat anzunehmen, daß er sich auf die Möglichkeit eines derartigen Zusammenbruches vorbereitet und bestimmte Maßnahmen ins Auge faßt.“ Für einen solchen Fall wollte er von Koch erfahren, „nach welcher Richtung hin die tschechischen Maßregeln gehen“ würden. Und er fuhr fort: „Obwohl ich nach wie vor an tschechische ‚Einmarschaktionen‘ nicht glaube, bitte ich doch, allen derartigen Nachrichten Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie auf ihre Richtigkeit hin nachprüfen zu lassen“¹¹⁵.

Als Anfang Januar 1923 die französische Absicht erkennbar wurde, die geringen deutschen Verfehlungen in den Reparations-Sachlieferungen und die deutsche Bitte um Zahlungsaufschub zum Anlaß einer militärischen Aktion gegen das Ruhrgebiet zu machen, bot sich für den neuen Staatssekretär v. Maltzan¹¹⁶ eine Beileidsäußerung wegen des Attentats auf den tschechoslowakischen Finanzminister Rašín¹¹⁷ als Ansatz zu einem ausführlichen Gespräch mit Tusar¹¹⁸. Tusar gab dabei zu erkennen, daß seine Regierung über die Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Poincaré sehr enttäuscht gewesen sei, ganz besonders auch dar-

¹¹² In der Presse wurde das in Zusammenhang mit der geplanten Aktion Frankreichs gebracht, z. B. Egerer Zeitung Nr. 281 vom 13. XII. 22, in: PA, Ts 4259, Po 2, 3 Ts.

¹¹³ Z. B. PA, Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien an den Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Breslau 12. X. 22 (Ab.), zu Ts 4013 (L 119914), Po 2, 3 Ts.

¹¹⁴ PA, Haniel an Koch (Konz.), Berlin 8. XII. 22, Ts 4013 (L 119916 f.), Po 2, 3 Ts.

¹¹⁵ Zum Verfahren ist zu bemerken, daß sogar die Bereitstellung zusätzlicher Geldmittel zur Beschaffung der Information geplant war.

¹¹⁶ Zur Ablösung Haniels durch Frh. Ago von Maltzan vgl. d' ABERNON II 141 f. (Tgb.-Aufz. 23. XII. 22).

¹¹⁷ Rašín war am 5. I. 23 schwer verletzt worden und starb am 18. I. 23; Přehled československých dějin. Díl III. 1918—1945 [Übersicht über die Tschechoslowakische Geschichte]. Prag 1960, S. 191 ff. PA, Koch an AA (Tel.), Prag 5. I. 23, Ts 50 (L 136623), Po 11, 3 Ts.

¹¹⁸ PA, Aufz. v. Maltzan, Berlin 6. I. 23 (D 617597 ff.), 39, 1 RM.

über, daß man auf französischer Seite gar nicht ernsthaft auf sie eingegangen sei. Nunmehr sah der tschechoslowakische Gesandte eine militärische Aktion voraus, wobei er zugleich betonte, daß Beneš diese französische Politik sehr unangenehm sei. Wenn auch diese Äußerungen eine tschechoslowakische Beteiligung an den französischen Sanktionen nicht ausschlossen, hielt das Auswärtige Amt tschechoslowakische Aktionen dieser Art nach wie vor für unwahrscheinlich, wie aus einer Antwort auf eine Anfrage des Reichswehrministeriums hervorgeht¹¹⁹.

Die Stellungnahme des Gesandten in Prag über die Möglichkeit einer tschechischen Mitarbeit an antideutschen Maßnahmen fiel dagegen zurückhaltender aus¹²⁰. Trotz aller Freundlichkeit, die die offizielle Politik auch Deutschland gegenüber heimlich erweisen möge, glaubte Koch nicht, daß die Tschechoslowakei bei eventuellen Unruhen in Deutschland auf die Dauer in der Rolle des passiven Betrachters verharren könne. Durch folgende drei Gründe sah er seine Ansicht gestützt: erstens seien die Tschechen treue Bundesgenossen Frankreichs — „das Wohlwollen Frankreichs ist für diesen Staat, der nur von außen zusammengehalten wird, mindestens zur Zeit noch eine Lebensfrage“ — und von Frankreich werde die Angst geschürt, daß Deutschland sich nach einer Einigung mit Frankreich gegen die Tschechoslowakei wenden werde. Zweitens glaubte er die Tschechen „von der geheimen Furcht beseelt, daß politische Unruhen in Deutschland an ihren Grenzen nicht halt machen“ würden. Dies konnte sowohl die Gefahr einer monarchischen Restauration wie die eines kommunistischen Umsturzes in den Industriegebieten betreffen. Schließlich rechnete Koch drittens mit der Möglichkeit, daß die Tschechoslowakei ihre Annexionswünsche noch nicht befriedigt hätte und als Lohn für das Eingreifen an der Seite Frankreichs die Gebiete Ratibor und Leobschütz in Oberschlesien, Glatz und die slawischen Dörfer in Niederschlesien und die Oberlausitz fordern könnte. Die deutsche Bevölkerung im Lande hielt er im Moment als Folge des Rašín-Attentates für völlig eingeschüchtert; auch seine eigene Bewegungsfreiheit war eingeschränkt, so daß er keine Reisen in die Randgebiete des Gastlandes vornehmen konnte. Über geplante Maßnahmen der Tschechoslowakei konnte er nichts mitteilen; sollten sie sich jedoch auf den Teil der Grenze beziehen, gegen den in der Tschechoslowakei die meisten Antipathien bestünden, dann drohe Bayern die größte Gefahr, „wenn aber die Motive, die ich den Tschechen beimesse, richtig sind, so ist die schlesische Grenze und die sächsische Grenze zwischen Zittau und Warnsdorf am meisten gefährdet“.

*

Nachdem die alliierte Reparationskommission am 9. Januar 1923 mit den Stimmen Frankreichs, Belgiens und Italiens gegen den Widerspruch Großbritanniens¹²¹ eine schuldhafte Verfehlung Deutschlands in den Reparationszahlungen

¹¹⁹ PA, Notiz Mutius, [Berlin] 8. I. 23, zu Ts 71 (L 119943), Po 2, 3 Ts; Aufz. v. Brenzano, Berlin 8. I. 23, zu Ts 71 (L 119931 f.), Po 2, 3 Ts.

¹²⁰ PA, Koch an AA (Or.), Prag 8. I. 23, Ts 115 (L 119948 ff.), Po 2, 3 Ts.

¹²¹ Der britische Premierminister Bonar Law (seit dem 24. Oktober 1922) hatte zuvor vergebens versucht, Poincaré von der Absicht einer Besetzung des Ruhrgebietes abzubringen; Poincaré hatte aber bereits den 15. I. 23 als Tag des Einmarsches festgelegt; d' A b e r n o n II 138 ff. (Tgb.-Aufz. 15. XII. 22).

festgestellt hatte¹²², rückte am 11. Januar eine französisch-belgische Expertenkommission unter militärischem Schutz in das Ruhrgebiet ein. Die seit langem erwartete Aktion Poincarés löste die Spannung, die seit einigen Monaten auf der deutschen Politik gelastet hatte. Denkt man an die lange Vorwarnung und an die geringen Lieferrückstände, die auszugleichen nicht unmöglich gewesen wäre, so läßt sich der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß die Regierung Cuno diese Krise nicht vermeiden wollte¹²³. Mit den ersten Protesten erklärte die deutsche Regierung, daß während der Zeit der rechtswidrigen Besetzung des Ruhrgebietes alle Reparationszahlungen eingestellt würden¹²⁴. So wenig sich die britische Regierung zu einer öffentlichen Kritik der französischen Politik entschließen mochte, so wenig verurteilte sie die deutsche Reaktion auf den französischen Alleingang, so daß der Bruch zwischen Frankreich und Großbritannien nun offenkundig wurde. Die Absicht Poincarés, die Reparationsfrage über den Einsatz der Sanktionen zu einem Mittel der französischen Sicherheitspolitik zu machen, war an dem entscheidenden Punkt angelangt. Unklar war nur, ob sich die französischen Truppen auf die Ruhrbesetzung beschränken oder noch weitergehende Okkupationspläne verfolgen würden.

Die ersten ernsthaften Befürchtungen, daß sich die Tschechoslowakei aktiv an der französischen Ruhrbesetzung beteiligen könnte, wurden vom bayrischen

¹²² Die französische Delegation bei der Reparationskommission hatte am 20. X. 22 erklärt, Deutschland habe schuldhaft 20 000 m³ Schnittholz und 130 000 Telegrafentangen zu wenig geliefert; die deutsche Regierung versprach am 1. XII. 22 eine Nachlieferung bis zum 1. IV. 23. Die Lieferverzögerungen seien eingetreten, erklärte Berlin, weil technische Schwierigkeiten (unterschiedliche Maßeinheiten) und die Kompetenz der Länder nicht schnell genug zu überwinden gewesen seien; Bergmann 203 ff. Am 26. XII. 22 stellte die Reparationskommission ein schuldhaftes Verhalten Deutschlands fest und erweiterte auf der Sitzung vom 9. I. 23 die Liste der nicht fristgerecht gelieferten Waren um 2,1 Mill. t Kohle und einige Kleinigkeiten (z. B. Pflastersteine), Bergmann 220. Der englische Delegierte Sir John Bradbury bemerkte dazu, „daß seit den Tagen des Trojanischen Pferdes Holz niemals wieder zu einem so böartigen Zwecke verwandt worden wäre“, Allen: Rheinlandtagebuch 329 (Aufz. 8. I. 23).

¹²³ Fischer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftspolitik. 3. Aufl. Opladen 1968, S. 20. Der psychologische Druck einer Drohung mit der Ruhrbesetzung wird schon 1920 von Reichskanzler Wirth beklagt, d'Abernon I 83 (Tgb.-Aufz. 29. X. 20); die fatalistische Einschätzung Rathenaus, d'Abernon I 225 f. (Tgb.-Aufz. 11. XI. 21); d'Abernon's spätere Deutung II 2. Stinnes hatte schon in Spa vorgeschlagen, es auf eine Besetzung der Ruhr ankommen zu lassen, „weil die Alliierten spätestens nach einigen Monaten unverrichteter Sache wieder abziehen würden“, Bergmann 63; Noske befürwortete dagegen einen militärischen Widerstand. Noske, Gustav: Erlebtes auf Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach/Main 1947, S. 230 f. Eine vernichtende Kritik des Kabinetts Cuno (22. XI. 22 — 12. VIII. 23) bei Fiša 1495 f.; zum Gesamtpomplex: Favez, Jean-Claude: Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr 1923. Genf 1969 (Etudes et Documents publiés par l'Institut d'histoire de la Faculté des Lettres de l'Université de Genève 6).

¹²⁴ Das erste Solidaritätstelegramm, das in der Protestsituation des deutschen Reichstages vom 13. I. 23 verlesen wurde, kam übrigens von Lodgman von Auen aus Teplitz-Schönau: Verhandlungen des Reichstages, I. Wahlperiode 1920. Bd. 337. Stenographische Berichte von der 257. Sitzung am 17. Oktober 1922 bis zur 290. Sitzung am 25. Januar 1923. 286. Sitzung; Sonnabend 13. I. 23, S. 9436.

Gesandten in Berlin, dem Staatssekretär v. Maltzan, vorgetragen¹²⁵. Neben Gerüchten aus den bayrischen Grenzgebieten, die von Einberufungen und Quartiermachungen in der Tschechoslowakei sprachen, legte er als Begründung für seine Beunruhigung eine übervorsichtige und mißverständliche Presseerklärung des tschechoslowakischen Konsuls in Nürnberg vor. v. Maltzan beruhigte zwar den bayerischen Vertreter, veranlaßte aber sofort eine Anfrage in Prag, ob Anhaltspunkte für eine tschechoslowakische Teilnahme an den französischen Sanktionen vorlägen¹²⁶. In seiner Antwort verneinte dies Koch, ließ jedoch in anderer Hinsicht eine mögliche Gefahr erkennen¹²⁷: eine Teilnahme der Tschechoslowakei an militärischen Aktionen Frankreichs halte niemand für wahrscheinlich, telegraphierte Koch, aber „anders liegt die Frage, wenn in Deutschland Unruhen ausbrechen und [die] Reichsregierung [die] Zügel verlieren sollte“; und da die tschechoslowakische Regierung mit dem Ausbruch eines Chaos in Deutschland rechne, könnten die bayrischen Meldungen einen gewissen Wahrheitsgehalt besitzen. Dieser Auffassung stimmte der Außenminister Dr. Rosenberg zu, und er beauftragte Koch, für den „Fall von Unruhen“ wie für den „Fall erklärtermaßen militärischen Vorgehens (...) weiter tüchtig aufzupassen“¹²⁸.

Gewisse, wenn auch minimale militärische Vorbereitungen wollte Koch auf tschechoslowakischer Seite nicht ausschließen, sah sie aber im Zusammenhang mit der öffentlichen Polemik gegen Ungarn gerichtet¹²⁹, das nach der faschistischen Machtergreifung in Italien zu jener Zeit in seinen Revisionsbemühungen bestärkt zu werden schien¹³⁰. Allerdings konnte andererseits, wie Koch skeptisch hinzufügte, die antiungarische Pressekampagne auch dazu dienen, die militärischen Vorbereitungen gegen Deutschland zu tarnen; ferner konnte man auch eine War-

¹²⁵ PA, Aufz. v. Maltzan, Berlin 12. I. 23, zu Ts 101 (L 119944), Po 2, 3 Ts. Eine Beteiligung Polens an der französischen Aktion war durch die sowjetische Drohung, bei einem polnischen Angriff gegen Schlesien nicht passiv zu bleiben, ziemlich unwahrscheinlich, obwohl den Zeitgenossen die militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee unbekannt gewesen sein dürfte; vgl. K o r b e l, Josef: Poland Between East and West. Soviet an German Diplomacy Toward Poland. 1919—1933. Princeton/N. J. 1963, Kap. 6: The Ruhr Crisis, S. 129 ff.; W h e e l e r - B e n n e t t 139 f. In der sowjetischen Aktenpublikation fehlt verständlicherweise eine Erwähnung dieser Versicherung Trockijs: Dokumenty vnešnej politiki SSSR [Dokumente der Außenpolitik der UdSSR]. Bd. 6. Moskau 1962. Außer einer verbalen Unterstützung der deutschen Regierung (Moskau 9. I. 23, Dok. 67, S. 145 f.), einem Aufruf an die Völker der ganzen Welt (Moskau 13. I. 23, Dok. 71, S. 150 ff.) und einer Verbalnote an die Reichsregierung (Moskau 17. I. 23, Dok. 76, S. 157 f.) finden sich dort keine weiteren Hinweise auf die sowjetische Einstellung. Polen war in dieser Zeit durch die innenpolitische Krise infolge der Ermordung des Präsidenten Narutowicz sehr geschwächt und fürchtete eine Verwicklung in die Ruhrkrise, W a n d y c z 269 ff.; C i a ł o w i c z 88 ff. Nach der geringen Unterstützung Polens in der Frage seiner Reparationsansprüche konnte man keine Begeisterung für die Hilfe Frankreichs bei seiner Politik erwarten, vgl. E p s t e i n.

¹²⁶ PA, v. Maltzan an Koch (Konz.), Berlin 13. I. 23, zu Ts 101 (L 119945), Po 2, 3 Ts.

¹²⁷ PA, Koch an AA (Tel.), Prag 15. I. 23, Ts 132 (L 119952), Po 2, 3 Ts.

¹²⁸ PA, Notiz Rosenberg [Berlin 15. I. 23], zu Ts 132 (L 119953), Po 2, 3 Ts.

¹²⁹ PA, Koch an AA (Or.), Prag 16. I. 23, Ts 217 (L 118970 ff.), Po 1, 2 Ts.

¹³⁰ G a j a n o v á 126.

nung der eigenen Bevölkerung mit diesen Vorbereitungen bezwecken, nachdem das Attentat auf Rašín zu einer „merklichen Beunruhigung in politischen Kreisen“ geführt hatte¹³¹. In der Fortsetzung seiner Ausführungen bemerkte Koch jedoch: „Der Kombination, daß sich diese Vorbereitungen im Grunde gegen Deutschland richten und einer allfälligen Teilnahme an den französischen Sanktionen dienen, vermag ich — trotz der wenig freundlichen Tonart der hiesigen Presse gegen Deutschland — nach meinen Eindrücken beim Empfang durch Benesch aus dem Anlaß der Überreichung der Protestnote¹³² nicht beizustimmen. Benesch betonte damals ausdrücklich die dauernden guten Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland und sein großes Interesse daran, daß es in absehbarer Zeit doch zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kommen müsse, ohne die ein Wiedergesunden aller mitteleuropäischen Staaten ganz ausgeschlossen sei. Ich bin im allgemeinen nicht geneigt, Benesch ohne weiteres Glauben zu schenken, aber diesmal schien er mit einer gewissen Aufrichtigkeit zu sprechen.“

Die Proklamation des passiven Widerstandes durch die Reichsregierung machte die Hoffnung der französischen Regierung hinfällig, die Industrieunternehmer und Arbeiter für eine direkte Kooperation mit den französischen Stellen zu gewinnen. Um das Gesicht zu wahren, mußte Paris nun die militärische Besetzung des Ruhrgebietes verstärken¹³³. Dabei wurde verschiedentlich in der Öffentlichkeit angedeutet, daß die französische Armee, durch weitere Einberufungen im Mutterlande ergänzt, einen Marsch auf Berlin anschließen werde, um den deutschen Widerstand zu brechen¹³⁴. In diesem Fall konnten die strategischen Bedenken von Marschall Foch, die besonders die schwierige Versorgung einer solchen Expeditionsarmee betrafen¹³⁵, durch eine Einbeziehung der tschechoslowakischen Nachschublager in die militärischen Unternehmungen hinfällig werden. Da in diesen kritischen Tagen von verschiedenen Landesbehörden viele Berichte über militärische Vorbereitungen in der Tschechoslowakei eintrafen, richtete Außenminister Rosenberg eine neue Anfrage an die deutsche Gesandtschaft in Prag¹³⁶. Er bezweifelte darin zwar immer noch eine direkte Beteiligung der Tschechoslowakei an den französischen Sanktionen, merkte aber an, „daß bei der gegenwärtigen Situation auch mit der Möglichkeit eines erklärtermaßen militärischen Vorgehens Frankreichs gerechnet werden [muß], d. h. eines Vorgehens, welches über den Rahmen der französischen Auffassung vom Begriff der Sanktionen hinausginge“. Er be-

¹³¹ S. Anm. 129.

¹³² Die deutsche Regierung hatte am 12. I. 23 an alle Regierungen eine Protestnote gesandt, Bergmann 220 f.

¹³³ d'Arberson II 159 f. (Tgb.-Aufz. 21. I. 23) zur widersprüchlichen französischen Reaktion.

¹³⁴ Vgl. Allen: Rheinlandtagebuch 341 (Aufz. 16. I. 23). Die deutsche Reichswehrführung stellte sich mit einer Verstärkung der Truppen über das im Versailler Vertrag zugestandene Maß hinaus bereits auf diese Möglichkeit ein, vgl. Carsten 175 f.; Eycck (Erich: Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1. Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs. Zürich-Stuttgart 4. Aufl. 1962, S. 320 ff.) und Zimmermann (145 f.) vermuten dagegen nur von Polen Gefahr.

¹³⁵ Recouly: Foch 119 ff.

¹³⁶ PA, Rosenberg an Koch (Konz.), Berlin 20. I. 23, zu Ts 115/132 (L 119954 f.), Po 2, 3 Ts.

fürchtete, daß sich die Tschechoslowakei an einer solchen Aktion auch dann beteiligen könne, wenn sie nicht durch innere Unruhen in Deutschland ausgelöst werde¹³⁷. Koch antwortete mit der Wiedergabe einer amtlichen Stellungnahme der tschechoslowakischen Regierung, die lautete¹³⁸: „Die Kabinette verfolgen die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet in Ruhe, wengleich sie den Ernst der Situation nicht unterschätzen. Die Tschechoslowakei wird nicht mobilisieren. Sie ist der Verbündete Frankreichs, der Nachbar Deutschlands, womit die Richtlinien ihres Verhaltens von selbst gegeben erscheinen. Die Tschechoslowakei besitzt keinerlei Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten, an der Seite einer anderen Macht in die Reparationsfrage einzugreifen. Eine derartige Verpflichtung läßt sich weder aus den Friedensverträgen, noch aus anderen Vereinbarungen mit anderen Alliierten ableiten¹³⁹. Frankreich verlangt auch keinerlei Hilfe, weil es zur Lösung des Konfliktes selbst stark genug ist.“

Es scheint nun tatsächlich in jenen Tagen in der Tschechoslowakei zu einer militärischen Vorbereitung gekommen zu sein, die durch zwei andere Ereignisse gerechtfertigt werden konnte, wenn auch der tiefere Grund in einem Eingehen auf französische Wünsche liegen mochte. Koch hatte in seinem oben bereits erwähnten Schreiben darauf hingewiesen¹⁴⁰, daß Beneš die Gefahr, die dem tschechoslowakischen Staat von Ungarn drohe, absichtlich hochspiele: „Auffällig bleibt, daß die hiesige Presse sich nicht genug tun kann, in der Schilderung der kriegerischen Absichten Ungarns¹⁴¹. Es wäre daher auch die Version möglich, daß Beneš die Kriegsgefahr im Osten geflissentlich übertreiben läßt, um sich einer etwa von Frankreich geforderten Teilnahme an Sanktionen gegen Deutschland zu entziehen.“ Gerade in diesen Tagen war es an den rumänischen und tschechoslowakischen Grenzen mit Ungarn mehrfach zu Übergriffen ungarischer Freischärler gekommen¹⁴², was dem englischen Gesandten in Budapest sogar den Verdacht nahe legte, es bestünde eine deutsch-ungarische Absprache, um die Staaten der Kleinen Entente von einem Eingreifen an der Seite Frankreichs abzuhalten¹⁴³. Erst nach einer Demarche von Vertretern der großen und kleinen Entente war die ungarische Regierung gegen diese Grenzverletzungen energisch aufgetreten¹⁴⁴.

¹³⁷ Zu Rosenbergs Einstellung vgl. d' A b e r n o n II 153 f. (Tgb.-Aufz. 12. I. 21): What he detests are Poles and Czechs and all minor nationalities. This attitude is not unusual here.“

¹³⁸ PA, Koch an AA (Or.), Prag 22. I. 23, Ts 271 (L 119988), Po 2, 3 Ts.

¹³⁹ Da Frankreich die Begründung für die Ruhrbesetzung ausschließlich aus dem Vertrag ableitete, liegt in diesem Satz eine deutliche Verurteilung der französischen Politik.
¹⁴⁰ S. Anm. 129.

¹⁴¹ Vgl. Prager Tagblatt Nr. 11 vom 16. I. 23, In: PA, Po 1, 2 Ts.

¹⁴² Im Nachhinein sieht man dies sogar als eines der wichtigsten Probleme der tschechoslowakischen Außenpolitik des Jahres 1923 an, das an erster Stelle behandelt wird: Československá zahraniční politika v roce 1924 [Die tschechoslowakische Außenpolitik im Jahre 1924, richtig: 1923]. Zahraniční Politika 1924, 20 ff.

¹⁴³ PA, Wied an AA (Tel.), Budapest 16. I. 23, U 85, Po 4, 4 Kl. E.; Wied an AA (Tel.), Budapest 18. I. 23, U 96, Po 4, 4 Kl. E.; Keller an AA (Ab.), Belgrad 31. I. 23, Js 168 (K 118252 ff.), Po 4, 4 Kl. E.; Keller an AA (Dd.), Belgrad 6. II. 23, Js 212, Po 4, 4 Kl. E.

¹⁴⁴ PA, v. Stumm an AA (Ab.), Budapest 1. II. 23, U 199, Po 4, 4 Kl. E.

Das andere Ereignis war das Attentat auf Rašin, dem dieser am 18. Januar 1923 erlag. Im Gefolge dieses Ereignisses wurde ein Gesetz zum Schutz der Republik vorbereitet, das Anfang März im Parlament verabschiedet wurde¹⁴⁵.

Das Auswärtige Amt in Berlin wurde in den folgenden Wochen und Monaten mit zahllosen Berichten über militärische Vorbereitungen in der Tschechoslowakei, über Verletzungen der Grenzen mit Bayern¹⁴⁶ und Sachsen¹⁴⁷ und über angebliche tschechoslowakische Angriffspläne geradezu überschwemmt¹⁴⁸. Die bayrische Regierung ließ wiederholt Berichte vorlegen, deren konkrete Befürchtungen sich immer auf die Gefahr einer französisch-tschechoslowakischen Aktion entlang des Maines richteten, durch die Westdeutschland in zwei Teile gespalten werden konnte¹⁴⁹. Das Auswärtige Amt antwortete auf diese Eingaben immer ohne Zögern — und zwar im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium — in der Weise, wie es dem Landtagsabgeordneten Richtarsky aus Osterwitz auf seine Anfrage mitteilte¹⁵⁰: „Nach dem hier vorliegenden Material und der Beurteilung der Lage durch die Deutsche Gesandtschaft in Prag ist es das ernste Bestreben der Tschechoslowakei, sich entgegen dem Druck Frankreichs mit allen Mitteln der Teilnahme an der französischen Sanktionspolitik zu entziehen. Nach hiesiger Auffassung liegt demnach kein Grund vor, die militär-politische Lage mit Besorgnis zu betrachten.“

Das Auswärtige Amt wurde in dieser Meinung von verschiedenen Seiten bestärkt¹⁵¹. So berichtete der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete und Ost-europa-Historiker Otto Hoetzsch von seiner Reise nach Prag¹⁵², „aus eingehenden Besprechungen mit Masaryk und Beneš [habe] er den Eindruck gewonnen, daß eine Gefahr von Seiten der Tschechoslowakei nicht [drohe]“. Beneš habe seine Absicht unterstrichen, „sich nicht die Hand an dem heißen deutschen Kessel verbrennen“ zu wollen; daher beabsichtige er unter keinen Umständen, sich in die Ruhraktion einzumischen und selbst dann die „militärischen Maßnahmen nicht über die Sicherung des Grenzschutzes“ auszudehnen, wenn es bei einem kommunistischen Umsturz in Sachsen oder bei einem Nazi-Putsch in Bayern zu

¹⁴⁵ Přehled československých dějin 191 ff.

¹⁴⁶ Statt vieler Belege: PA, Aufz. Berlin 10. II. 23, zu Ts 416 (L 120055 ff.), Po 2, 3 Ts.

¹⁴⁷ PA, Rosenberg an Koch (Konz.), Berlin 6. II. 23, zu Ts 361 (L 120012 f.), Po 2, 3 Ts.

¹⁴⁸ Eine Einzelaufführung der Belege ist unmöglich; in einigen Fällen entpuppten sich die Informanten als Schwindler; unbeabsichtigte Grenzübertritte von tschechoslowakischen Bürgern und Soldaten wurden zu politischen Aktionen heraufstilisiert.

¹⁴⁹ U. a.: PA, Rössler an Gesandtschaft Prag, Eger 16. I. 23, Ts 170 (L 119965 f.), Po 2, 3 Ts; Bayrisches AA an AA Berlin (Or.), München 28. II. 23, Ts 703 (L 120111 ff.), Po 2, 3 Ts. Vgl. hierzu auch d' A b e r n o n II 169 f. (Tgb.-Aufz. 9. II. 23): „In certain circles here some apprehension is beginning to be felt at the comparatively short distance — approximately 250 km — which separates French forces at Mayence from Czechoslovakia. The idea is that an attempt might be made to separate North and South Germany by an advance across Baden, Württemberg, and Bavaria.“

¹⁵⁰ Anfrage Richtarsky: PA, Osterwitz 11. II. 23, Ts 455 (L 120059 f.), Po 2, 3 Ts; Antwort: v. Brentano an Richtarsky (Konz.), Berlin 22. II. 23, zu Ts 455 (L 120061 ff.), Po 2, 3 Ts.

¹⁵¹ Vgl. Stinnes jun.; PA, Aufz. Marckwald, Berlin 25. I. 23, Ts 251, Po 1, 2 Ts.

¹⁵² PA, Aufz. Berlin 29. I. 23 (L 119987 f.), Po 2, 3 Ts.

inneren Unruhen im Reich kommen sollte. In einem Gespräch mit v. Maltzan bemerkte Tusar zu dieser Problematik, daß die Tschechoslowakei auch von englischer oder amerikanischer Seite keine Beeinflussung ihrer politischen Haltung erwarte¹⁵³.

Über die Einzelheiten der französisch-tschechoslowakischen Kontakte jener Tage liegen bisher nur sehr spärliche Informationen vor. Einer Mitteilung Tusars zufolge hatte die Prager Regierung noch im Dezember 1922 energisch gegen eine Abenteuerpolitik in Form der Ruhrbesetzung protestiert, weil dies unter den gegebenen Umständen zu einer Unruhe führen müsse, die ganz Mitteleuropa und insbesondere die Tschechoslowakei erfassen würde¹⁵⁴. Da Beneš die Entscheidungen in Paris nicht mehr beeinflussen konnte, versuchte er zumindest, seine neutrale Position zu bewahren und sich von einer Beteiligung an der Aktion fernzuhalten. In einem Telegramm nach Paris teilte er dem Gesandten Osuský lediglich mit¹⁵⁵, daß die Tschechoslowakei dem französischen Wunsch zufolge ihre täglichen Kohlelieferungen nach Deutschland nicht erhöhen werde, um auf diese Weise zu verhindern, daß der Ausfall der Ruhrkohle durch tschechische Exporte kompensiert werden könne. Dies war aber die einzige materielle Konzession der Tschechoslowakei an Paris, außer der getreuen Weitergabe von Informationen, die sie aus Berlin erhielt¹⁵⁶.

In einem Exposé, das Beneš am 30. Januar 1923 vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hielt¹⁵⁷, vertrat er jedoch den offiziellen Standpunkt der französischen Regierung, indem er behauptete, daß durch die Übernahme der Verwaltung und Ausbeutung der Kohlen- und Holzbestände des Ruhrgebietes die Einlösung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gewährleistet werden sollte. Er skizzierte die gegensätzlichen Auffassungen Deutschlands und Frankreichs und rechtfertigte das französische Vorgehen mit der Proklamation des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung. Frankreich werde solange die Kohlengruben der Ruhr selbst ausbeuten und die Zollerträge des vom Reich abgeschlossenen Besatzungsgebietes abführen, bis Deutschland die Reparationszahlungen wieder aufnehme. Eingehend schilderte der tschechoslowakische Außenminister dann den Verlauf der Reparationsfestsetzung und die Auseinandersetzung über die Zahlungsmodalitäten. Dabei stützte er sich in gemäßigter Form auf die legalistische Deutung Frankreichs und wies Deutschland die Hauptschuld an der Entwicklung zu, weil es von Anfang an auf eine Ermäßigung der Reparationsschuld hingearbeitet und sich nicht in seiner Politik (besonders der Steuer-

¹⁵³ PA, Aufz. v. Maltzan, Berlin 30. I. 23, RM 253 (D 617602 ff.), 39, 1 RM.

¹⁵⁴ d'Abernon II 142 f. (Tgb.-Aufz. 24. XII. 22).

¹⁵⁵ Olivová: Československá diplomacie 61 f., Tel. vom 20. I. 23.

¹⁵⁶ Das von Frau Olivová (S. 62 f.) angeführte Vermittlungsgesuch des Österreicher Dr. Gaertner, der mit Cuno persönlich befreundet war, paßt nicht recht in die politische Landschaft; auch ist der Weg so umständlich, daß nur eine persönliche Aktion Gaertners angenommen werden kann.

¹⁵⁷ Beneš, Edvard: La situation internationale. Exposé de M. Beneš, fait de 30 janvier 1923 devant la Commission des Affaires Etrangères. In: PA, Po 2, 3 Ts (L 120037 ff.); tschechische Veröffentlichung: Beneš: Problémy 217 ff. Kap. 15 Problém reparační a obsazení Poruří [Das Reparationsproblem und die Ruhrbesetzung].

und Finanzpolitik) auf die alliierten Forderungen eingestellt habe. In diesem Zusammenhang wiederholte er den alten Vorwurf, daß Berlin nicht die Kapitalflucht gestoppt und stattdessen die gesamte Finanzpolitik bewußt auf einen Staatsbankrott abgestellt habe. Beneš rechtfertigte somit die Intervention im französischen Sinn als eine politisch und ökonomisch notwendige Maßnahme.

Dann ging Beneš auf die Ereignisse in Ungarn ein, wo ständige Provokationen an den Grenzen und viele Verstöße gegen die Bestimmungen des Vertrags von Trianon eine ständige Wachsamkeit seiner Regierung erforderlich machten. Gleichzeitig wies er aber alle Meldungen über militärische Vorbereitungen in der Tschechoslowakei als bewußte und tendenziöse Entstellungen zurück, obgleich er mehrfach von der Notwendigkeit sprach, gegen jede Gefahr gerüstet zu sein. Letzteres treffe auch auf die Ruhrereignisse zu, denen gegenüber alle europäischen Staaten ohne Ausnahme moralisch engagiert seien. Keine der Besatzungsmächte habe die Entscheidung leichtfertig getroffen; Frankreich sei durch die deutsche Zahlungsunwilligkeit oder Zahlungsunfähigkeit zu einem solchen Schritt gezwungen worden, um seinen eigenen finanziellen Zusammenbruch abzuwenden, der sonst wegen der hohen Kosten für den Wiederaufbau Nordfrankreichs zu erwarten gewesen wäre. Die tschechoslowakische Außenpolitik habe in den letzten Jahren eine eigene Tradition gewonnen und zwar sowohl gegenüber den Alliierten der großen und kleinen Entente, wie gegenüber den Nachbarstaaten, und diese Politik habe sich auch in der gegenwärtigen Krise durchaus bewährt: „Wir müssen deutlich unterstreichen, daß es keinen Grund gibt, unsere derzeitige Politik zu ändern¹⁵⁸.“ Die Zeitungen hätten jüngst von der Gefahr schwerer Konflikte gesprochen, die im Westen, im Nordosten und im Süden des Landes drohten; „ich glaube nicht an einen solchen unmittelbar bevorstehenden allgemeinen Konflikt“, meinte Beneš dagegen, „und alle, die das politische System der Nachkriegszeit umwälzen wollen oder jetzt eine allgemeine Revolution erwarten, werden aufs neue enttäuscht werden¹⁵⁹.“ Die Tschechoslowakei wolle den Frieden, und zwar den Frieden mit allen ihren Nachbarn, unter den Bedingungen des *status quo*, wie er durch die Friedensverträge festgelegt sei; die tschechoslowakische Regierung werde alles in ihrer Macht stehende tun, um in Mitteleuropa den Frieden zu erhalten. Allerdings, so bemerkte er, sei es „nicht wahr, daß [die tschechoslowakische Regierung] Vorbereitungen für eine Mobilisierung ergriffen habe“¹⁶⁰; sein Staat sei nämlich auch ohne solche Maßnahmen stark genug, um einem Mißbrauch der augenblicklichen Spannungen zu begegnen. Beneš schloß seine Ausführungen mit einem zuversichtlichen Ausblick: „Trotz der Schwierigkeit der internationalen Situation bleiben wir ruhig, durchdrungen vom festen Glauben, daß wir ohne schwere Erschütterungen in unserer Nachbarschaft unsere Politik des Wiederaufbaus und des Friedens fortsetzen können und daß wir unser Ziel erreichen werden, das auf die Rekonstruktion eines neuen und friedlichen Mitteleuropa gerichtet ist¹⁶¹.“

¹⁵⁸ Beneš: La situation 11.

¹⁵⁹ E b e n d a.

¹⁶⁰ E b e n d a 12.

¹⁶¹ E b e n d a.

Diese Rede Beneš kann mit ihren bewußt ambivalent gehaltenen Formulierungen und ihrer dennoch deutlichen politischen Aussage als ein diplomatisches Meisterstück bezeichnet werden. Seine Loyalität Frankreich gegenüber klingt sowohl aus den historischen Darlegungen über die Reparationsfrage heraus, wie aus seiner Rechtfertigung der Ruhrbesetzung als eines beinahe notwendigen Gliedes in einer Kette verhängnisvoller Ereignisse. Aber auch sein Bemühen um eine möglichst neutrale Haltung Deutschland gegenüber ist darin mehrfach zum Ausdruck gekommen. So wird zum Nachteil Deutschlands lediglich ausgesagt, daß es sich um eine Ermäßigung der Reparationszahlungen bemüht habe — wozu es nach dem Versailler Vertrag durchaus ein Recht besaß. Alle Vorwürfe gegen die deutsche Finanzpolitik waren dagegen in die Form der Meinung von Experten gekleidet, so daß sich Beneš, eventuell in ein Kreuzverhör genommen, leicht von ihnen distanzieren konnte. Da er ferner vorgab, die französische Rechtfertigung der Sanktionen wörtlich zu nehmen, und immer wieder die Verpflichtung der Friedensverträge betonte, die z. B. die Rheinlandbesetzung als vorübergehend vorsahen, brauchte er auf weitergehende politische Absichten Frankreichs, etwa die Gewinnung der Rheingrenze, in seinen Ausführungen gar nicht einzugehen. Beneš Berufung auf die Pariser Vorortverträge und die anderen bestehenden Abmachungen der Tschechoslowakei schloß eine weitere Konsequenz in sich: In ihrer Politik Deutschland gegenüber behielt die Prager Regierung die Hand frei und konnte von Paris durch keinen Vertragsartikel zu einem Eingreifen genötigt werden. Ganz anders war dagegen die Situation in bezug auf Ungarn, weil dort über den Vertrag von Trianon hinaus noch Abmachungen im Rahmen der Kleinen Entente vorlagen, die nach Beneš Prämissen bei einer Änderung des *status quo* ein Einschreiten der Tschechoslowakei möglich machten. Folglich rückte Ungarn als Hauptstörfried in das Zentrum der Betrachtung; die Berufung auf die Tradition der tschechoslowakischen Außenpolitik schloß nach Deutschland die „korrekten Beziehungen“, nach Ungarn aber die Intervention ein, die im Fall der Karlsputsche bereits versucht worden war.

In dieser Form konnte die Rede Beneš nur eine Warnung Frankreichs vor einer Ausweitung seiner Aktionen bedeuten, da diese dann von den Bestimmungen der Friedensverträge nicht mehr gedeckt würden. Für einen solchen Fall war aber jedes Eingreifen der Tschechoslowakei ausgeschlossen¹⁰². Nachdem auch die Gefahr von ernstern Verwicklungen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze von Beneš als Gerücht geringgeschätzt wurde, stand es für Deutschland fest, daß es von der Tschechoslowakei nach diesen Aussagen keine aggressive Politik zu befürchten brauchte. Die Haltung Prags Frankreich gegenüber zeichnete sich demnach durch Wohlwollen und Neutralität aber ebenso durch ein unbedingtes Bestehen darauf aus, daß die Grundlagen der Friedensverträge bewahrt wurden. Für die deutsche Regierung bedeutete dies, daß ihr nur für den Fall eines Verzweiflungsaktes, der die Basis der Friedensverträge zerstöre, eine Einmischung von seiten Prags drohte. Bei der strikten Berufung auf die geltenden Verträge

¹⁰² So Beneš zum französischen Gesandten in Prag, Couget, nach: PA, Koch an AA (Or.), Prag 1. II. 23, Ts 375 (L 120014 ff.), Po 2, 3 Ts.

mußte Beneš jedoch damit rechnen, daß sich die französische Regierung — sollte sie tatsächlich mit einem Eingreifen ihres Verbündeten gerechnet haben — um eine Änderung der Vertragsgrundlage bemühen würde, und es blieb abzuwarten, ob sich Beneš dann, nachdem England ausgefallen war, den französischen Bemühungen um ein enges Bündnis genau so geschickt würde entziehen können.

In noch stärkerer Weise als das Exposé Benešs läßt ein ungezeichneter Leitartikel der offiziellen Zahraniční Politika die tschechische Distanz zur Ruhraktion Frankreichs und Belgiens deutlich werden¹⁶³. Alle beteiligten Staaten hätten Fehler gemacht, heißt es darin. So habe England durch seine unstete, „den Strömungen der öffentlichen Meinung in England“ folgende Politik die Deutschen in ihren revisionistischen Absichten bestärkt, Frankreich wiederum die öffentliche Meinung Europas verkannt und zu wenig die verständigungsbereiten deutschen Politiker ermutigt, und Deutschland schließlich auf eine Uneinigkeit der Alliierten, eine Isolierung Frankreichs und ein Einschreiten der USA gehofft, statt seine Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. Alle trügen somit Schuld an der Verschärfung der internationalen Situation. „Wenn unsere Republik auch ein großes Interesse an einer definitiven und raschen Lösung der Reparationsfrage im Sinne des Rechts und der Gerechtigkeit hat“, fährt der Verfasser fort, „so kann sie in den Reparationsstreit in seiner heutigen Phase nicht eingreifen und ist auch niemandem zum Eingreifen verpflichtet. Aus dem Geist und dem Rahmen ihrer Politik, die sie seit dem Beginn ihrer Existenz verfolgte, ergibt sich jedoch eine bedeutende Funktion: Ruhe und Frieden in jenem Gebiet zu sichern, das im Bereich ihrer Politik liegt. Mit anderen Worten: die tschechoslowakische Politik muß in der heutigen Situation die Machinationen jener auflösenden Kräfte durchkreuzen, die gern die gereizte Stimmung in Deutschland zur Zerstörung der sicheren Basis benützen würden, auf der Europa nach dem Kriege aufgebaut wurde¹⁶⁴.“

Mit jenen Kräften war zweifellos Ungarn gemeint, das auch in dem außenpolitischen Exposé Benešs als Hauptgegner der Tschechoslowakei galt, gegen dessen friedensgefährdende Politik der tschechoslowakische Staat eine starke Allianz aufbieten zu müssen glaubte. Die antimagyarische Tendenz der tschechoslowakischen Politik wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß in Benešs Terminologie „Mitteleuropa“ Deutschland wie auch Polen ausschloß und nur jenen Bereich Europas umfaßte, der aus der Habsburger Monarchie hervorgegangen war¹⁶⁵.

In der auf seine Rede folgenden Debatte im Auswärtigen Ausschuß wurde Beneš besonders von den deutsch-böhmischen Abgeordneten Czech (deutsche Sozialdemokratie) und Prof. Dr. Kafka (deutsche demokratische Partei) genötigt, zu den möglichen politischen Folgen der Ruhrbesetzung Stellung zu nehmen¹⁶⁶. Der tschechoslowakische Außenminister gestand dabei zu, daß es in Frankreich Bestrebungen zur Schaffung eines Pufferstaates am Rhein gäbe, hielt die Vertreter dieser Ideen jedoch für unbedeutend und glaubte nicht an eine Realisierung.

¹⁶³ Nová fáse reparačního problému [Eine neue Phase des Reparationsproblems]. Zahraniční Politika 1923, 81—83.

¹⁶⁴ E b e n d a 83.

¹⁶⁵ Beleg s. auch Anm. 152 und 162.

¹⁶⁶ Prager Presse Nr. 29, 31. I. 23. In: PA, Po 1, 2 Ts.

barkeit dieser Pläne, weil darin ein Bruch der Friedensverträge zu sehen wäre. Koch wies in seinem Bericht auf diese Verdeutlichung besonders hin¹⁶⁷: „Während [Beneš] in seinem Exposé durchaus mit den Augen Frankreichs die Dinge betrachtet, schlägt er in der Replik für Deutschland mildere Saiten an.“

Der Gesandte erinnert in seiner Analyse an die außenpolitische Situation der Tschechoslowakei, die durch jeden Konflikt in diesem Teil Europas in Mitleidenschaft gezogen werde: „Dabei vergegenwärtige man sich seine unglückliche Lage und Gestaltung: wie ein Einsiedlerkrebs, dem man die schützende Muschel weggenommen hat, liegt [der Staat] mit ungeschützten Weichteilen zwischen Polen und Ungarn¹⁶⁸.“ Bezüglich der vielfachen Gerüchte über eine Mobilisierung verwies Koch auf die innenpolitische Lage: „Die Sudetendeutschen sind von heißester Sympathie mit dem Deutschen Reich erfüllt und würden gegen jede Mobilisation, um des bloßen Verdachtes willen, sie könne gegen Deutschland gerichtet sein, wie ein Mann aufstehen. Das würde aber die ganze Mobilmachung gefährden. Das letzte Mal im Jahre 1921 sind in vielen Gebieten die Deutschen besser als die Tschechen und die Slowaken zu den Fahnen geeilt.“ Aus diesem Grunde sah er auch nach wie vor keine Gefahr, daß sich die Tschechoslowakei an einem weiteren militärischen Vormarsch Frankreichs beteiligen würde¹⁶⁹, obwohl die Entscheidung dazu „von den Begleitumständen, hauptsächlich dem ausgeübten Druck und der versprochenen Belohnung [abhänge]. Ich habe jedoch die Überzeugung“, fuhr Koch fort, „daß auch für diesen Fall die Tschechoslowakei sich mit allen Mitteln der Teilnahme zu entziehen suchen wird. Angesichts der zahlreichen Deutschen im Heere ist die Belastungsprobe allzu gefährlich, und im Südosten droht Ungarn.“ Die Niederhaltung Ungarns sah Koch als Hauptproblem an, das die Staaten der Kleinen Entente durch den Erwerb eines Mandats der Großmächte zur Kontrolle der Vertragsausführung lösen wollten. „Das wäre dann der Weg zu einer Ruhraktion im Kleinen; man hätte die Hand an der Gurgel des Magyaren und könnte ihn rechtzeitig unschädlich machen.“ Besonders Rumänien und Jugoslawien glaubte er daran interessiert, sich durch ein Eingreifen in die Angelegenheiten Ungarns den Rücken freizumachen, um die erwarteten stärkeren Auseinandersetzungen an den anderen Fronten (Bessarabien, Bulgarien, Dalmatien) besser bestehen zu können.

Der deutsche Außenminister war über die Rede seines tschechoslowakischen Kollegen und dessen einseitige Darstellung der französischen Thesen verärgert und beauftragte Koch, ohne den oben erwähnten Bericht des Gesandten abzuwarten, bei Beneš zu protestieren¹⁷⁰. „Deutsche Regierung erwarte keineswegs“, telegrafierte er nach Prag, „daß Tschechoslowakei bei gegenwärtiger Krisis öffentlich Standpunkt Frankreichs entgegentrete, da Deutsche Regierung besonders enges Verhältnis zwischen Tschechoslowakei und Frankreich in Rechnung stelle. Sie hätte aber im Hinblick auf bisherige vom Streben nach Objektivität und

¹⁶⁷ S. Anm. 162.

¹⁶⁸ Vgl. *Recouly*: Foch 226 f.

¹⁶⁹ S. Anm. 162; Antwort auf eine v. Seeckt angeregte Anfrage: PA, Rosenberg an Koch (Konz.), Berlin 20. I. 23, zu Ts 115/132 (L 119954 f.), Po 2, 3 Ts.

¹⁷⁰ PA, Rosenberg an Koch (Konz.), Berlin 1. II. 23, Ts 297 (L 119989), Po 2, 3 Ts.

Unparteilichkeit zeugende Verlautbarungen Tschechoslowakischer Regierung und bei deren Interesse an wirtschaftlich gesunder Lösung der Reparationsfrage erwartet, daß Minister keine einseitige Partei ergreife, und damit Deutungen zulasse, die sicher nicht in Absicht tschechoslowakischer Regierung gelegen.“

Koch führte diesen Auftrag sogleich aus, ging aber, weil er die schwierige Situation Beneš besser kannte, milder vor, als die Anweisung vorgeschrieben hatte¹⁷¹. In seinem zweiten Bericht erwähnte er, daß bereits vor der Beratung im Auswärtigen Ausschuß ein deutscher Abgeordneter als Vertrauensmann bei ihm erschienen sei und gefragt habe, ob man Beneš zu einer Äußerung in der Frage der Ruhraktion drängen solle. „Ich hatte dies, wenn auch in vorsichtiger Form, durchaus widerraten, weil die Gefahr bestand, daß sich Beneš in für Deutschland ungünstigem Sinne ‚festreden‘ könne, zum anderen und vor allem aber, weil vorzusehen war, daß Beneš, wenn er in der Sache den deutschen Interessen Rechnung tragen wollte, umso unliebenswürdiger in der Form sein müsse, um das Mißtrauen der Franzosen zu beschwichtigen.“ Trotz seiner Mahnung zur Vorsicht hatten die deutschen Abgeordneten aus Gründen innenpolitischer Taktik die außenpolitischen Erwägungen hintangestellt und sich gemeinsam zu der oben erwähnten Anfrage entschlossen¹⁷². Nach der Sitzung waren die Abgeordneten dann über das gute Ergebnis und die glimpfliche Form des Verlaufs sehr zufrieden, weil Beneš deutlich gemacht hatte, daß sich die tschechoslowakische Regierung aus der Ruhraktion heraushalten werde.

Auch Beneš äußerte sich positiv über den Verlauf der Sitzung, obwohl er durch die „unzweckmäßige Anfrage in eine recht schwierige Lage gebracht“ worden war, wie er Koch versicherte. Er habe den Franzosen seine Meinung bereits vorher deutlich gemacht, habe dies aber wegen außen- und innenpolitischer Rücksichtnahme im Parlament nicht wiederholen können. Dabei entsprach es seiner Taktik, daß die Abschwächung der Aussage in seiner Antwort gegenüber dem hohen Verbreitungsgrad des Exposés längst nicht dieselbe Publizität erfahren hatte; es konnte ihm nichts daran liegen, die Interessenunterschiede Paris gegenüber zu deutlich werden zu lassen. „Zum Schluß bat mich Dr. Beneš überzeugt zu sein, daß die Tschechoslowakische Regierung mit dem Ruhrkonflikt in keiner Form etwas zu tun haben wolle“, beendete Koch seinen Bericht.

¹⁷¹ PA, Koch an AA (Or.), Prag 3. II. 23, Ts 377 (L 120033 ff.), Po 2, 3 Ts.

¹⁷² Zur gleichen Zeit erbat der Abgeordnete Hans Knirsch über die Schriftleitung der Deutschen Zeitung amtliches Material, um den Standpunkt Beneš mit deutschen Argumenten widerlegen zu können (PA, Hans Knirsch an Deutsche Zeitung (Or., Hs), Linz 1. II. 23, Ts 340 (L 120004 f.), Po 2, 3 Ts; mit Schreiben vom 3. II. 23 an das AA weitergeleitet). Zunächst befürwortete der Referent die Materialübergabe durch den deutschen Gesandten mit der Begründung: „Abgeordneter Joh. Knirsch ist einer der Führer der deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei; diese Partei steht auf gemäßigter sozialdemokratischer Grundlage (sic!) und verfolgt hauptsächlich wirtschaftliche Reformen; in nationaler Hinsicht vertritt sie die Forderungen der übrigen Parteien. Knirsch gilt persönlich als durchaus zuverlässig und vertrauenswürdig.“ (Hs. Vermerk auf dem Tel. Konz.). In der Anweisung nach Prag wurde Koch jedoch anheimgestellt, nach Maßgabe eigener Überlegungen Knirsch mündlich zu informieren: PA, v. Maltzan an Koch (Tel.-Konz.), Berlin 5. II. 23, zu Ts 340 (L 120010), Po 2, 3 Ts.

Tusar unterstrich diese Meinung in einem Gespräch mit Staatssekretär v. Maltzan noch einmal ausdrücklich¹⁷³. Die tschechoslowakische Regierung hatte nach seiner Darstellung alle französischen Forderungen abgewiesen, die Kohlelieferungen nach Deutschland einzustellen; dabei spielte aber auch die Befürchtung eine Rolle, als Reaktion auf eine Liefersperre Schwierigkeiten im Zugang zum Hamburger Hafen gewärtigen zu müssen. Tusar betonte, daß die gegenwärtigen Beziehungen Prags zu Berlin erhalten blieben, solange kein formeller Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland eintrete. „Der formale Kriegszustand würde mit Rücksicht auf tschechisch-französische Verträge gewisse Schwierigkeiten bieten, obwohl man mit bestem Willen nicht behaupten könne, daß Deutschland im vorliegenden Falle der angreifende Teil sei“, führte Tusar aus. Allerdings könne auf Druck von anderer Seite ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland erfolgen. Möglichkeiten einer Beilegung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege sah Tusar für die nächste Zeit nicht voraus und riet zu einer Fortsetzung des passiven Widerstandes, — eine Haltung des tschechoslowakischen Gesandten, die durch seine Fühlungnahme mit sozialistischen Arbeitern an der Ruhr bestärkt worden war.

*

Die französische Politik an der Ruhr war während des Monats Februar und zu Beginn des März zunehmend verschärft worden, weil in dieser Zeit der passive Widerstand von Bevölkerung, Unternehmern und Beamten die ganze Wirtschaft des Ruhrgebietes gelähmt hatte, und die Unruhen auch in die Besatzungsgebiete auf dem linken Rheinufer übergriffen. Besonders der Streik der Eisenbahner¹⁷⁴ und der Bergleute ließ den wirtschaftlichen Ertrag der Ruhraktion als überaus fraglich erscheinen. Gerade der ökonomische Mißerfolg, die Proteste der anderen an der Ruhrkohle interessierten Staaten und die vorübergehende Stabilisierung der Mark, die wider Erwarten zum ersten Male für mehrere Wochen auf dem gleichen Stand von 20 000 pro Dollar gehalten werden konnte¹⁷⁵, versteiften die französische Haltung. Die Unsicherheit der französischen Amtsstellen, die das Prestige ihrer Nation aufs Spiel gesetzt sahen, entlud sich in zahlreichen Maßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung, die ihrerseits Terror und Gegenterror hervorriefen.

Als Koch in dieser Situation dem tschechoslowakischen Außenminister ein Memorandum über das französische Vorgehen an der Ruhr überreichte, schien Beneš vorsichtiger geworden zu sein¹⁷⁶. Er hörte sich die Ausführungen Kochs ohne Bewegung an und war zu keiner Stellungnahme zu bewegen, was der deutsche

¹⁷³ PA, Aufz. v. Maltzan (Dd.), Berlin 13. II. 23, Ts 447 (L 120058 ff.), Po 2, 3 Ts (Or. in 39, 1 RM).

¹⁷⁴ Zum Problem der Verkehrsbeziehungen und dem Eisenbahnerstreik vgl. Groener-Geyer, Dorothea: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt 1955, S. 315 ff.; einige Auswirkungen schildert Allen: Rheinlandtagebuch 357 ff. (Aufz. 27. I. 23).

¹⁷⁵ Einzelheiten über die deutsche Stützungsaktion, die vom 31. I. 23 bis zum 17. IV. 23 durchgehalten werden konnte, vgl. Bergmann 233 f.

¹⁷⁶ PA, Koch an AA, Prag 5. III. 23 (Dd.), (L 120108 ff.), Po 2, 3 Ts.

Gesandte mit der Formulierung kritisierte: „Dr. Benesch ist ein vollkommen kühler Realpolitiker, der nur den Nutzen seines Landes ernsthaft in Erwägung zieht.“ Im Verlauf der Unterredung ließ er sich über die deutschen Erwartungen vom weiteren Konfliktverlauf unterrichten, die Koch so zusammenfaßte, daß Deutschland bei Andauern der Intervention keine eigenen Vorschläge zur Regelung der Reparationsfrage mehr vorlegen werde, jedoch gern die Vorschläge anderer Regierungen prüfen werde. Beneš wandte dagegen ein, daß die deutsche Regierung das französische Prestige nicht in Rechnung stelle und ihr Beharren auf dem Rechtsstandpunkt daher unergiebig sei. Nach seiner Vorstellung könne man unter dem Druck der Weltmeinung zu einer Einigung kommen, wenn Frankreich in der Frage eines Zahlungsaufschubes für das Deutsche Reich nachgebe, Deutschland aber Garantien stelle, und die Summe der Reparationen annehme. Erst dann wäre es für Frankreich möglich, in die Festlegung langer Fristen für die Reparationszahlungen einzuwilligen. Allerdings sah Beneš keine Möglichkeit, in dieser Frage den rechten Weg zu weisen, da ein Vorschlag Frankreichs unter den gegebenen Bedingungen von Deutschland als Diktat angesehen würde, und Deutschland aus Prestigedenken von sich aus den ersten Schritt verweigere. Koch widersprach dieser Darstellung, indem er von Frankreich eine Achtung der deutschen „Staatspersönlichkeit“ forderte und Frankreichs Politik unlogisch nannte, da es Zahlungen von einem Schuldner verlange, den es in Fesseln halte. Beneš leuchtete dieser Gedanke offenbar ein, aber er sah keine andere Möglichkeit, den Konflikt zu beenden, aus dem er sein Land — so weit er konnte — sorgsam herausgehalten hatte.

Eben diese Haltung würdigte fast zur gleichen Zeit v. Maltzan in einem Gespräch mit Tusar¹⁷⁷. Er sei froh darüber, sagte er, „daß die Haltung der Tschechei [sic] Deutschland gegenüber in den letzten kritischen Wochen . . . [die] beiderseitigen Annahmen [Tusars und Maltzans] bestätigt hätten, daß die Tschechei trotz gewisser außenpolitischer Imponderabilien die augenblickliche Situation nicht gegen Deutschland ausnützen würde“. Den Grund dazu sah er „außer [im] gesunden Sinn des tschechischen Volkes in erster Linie [in der] verständnisvollen und konziliannten Politik der hiesigen tschechischen Gesandtschaft“.

Eine weitere Beruhigung der Berliner Befürchtungen über eine gemeinsame französisch-tschechoslowakische Aktion brachte der Bericht des Geschäftsträgers v. Hoesch aus Paris¹⁷⁸. Die Tschechoslowakei sei bei der Frage einer Gewinnung von produktiven Pfändern auf französischer Seite nie ins Spiel gebracht worden. Gegen die Möglichkeit eines Eingreifens der Tschechen spreche, daß Frankreich die Aktion z. Z. nicht ausweiten wolle und in Ostmitteleuropa mindestens solange Ruhe bewahren wolle, wie es im Westen beschäftigt sei. „Ein Eingreifen der Tschechoslowakei würde nun zweifellos die Gefahr kriegerischer Verwicklungen im Osten und Südosten in greifbare Nähe rücken, und kann deshalb von Frankreich nicht angestrebt werden. Schließlich will Frankreich die jetzige Krise, nachdem sich England an der Ruhraktion nicht beteiligt hat, bekanntlich nicht vor

¹⁷⁷ PA, Aufz. v. Maltzan, Berlin 8. III. 23, Ts 739 (L 120133 ff.), Po 2, 3 Ts.

¹⁷⁸ PA, v. Hoesch an AA (Or.), Paris 10. III. 23, Ts 781 (L 120151 ff.), Po 2, 3 Ts.

einem großen Forum gelöst sehen.“ Überdies gab Hoesch zu bedenken, daß es nicht im Interesse Frankreichs liegen könne, die Zahl der Mitsprecher bei einem Lösungsversuch der Reparationsfrage unnötig zu vergrößern, was zweifellos un-
ausweichlich wäre, falls sich weitere Staaten an der Pariser Sanktionspolitik beteiligten. Auch aus diesem Grunde glaube er nicht, „daß die Beteiligung der Tschechoslowakei an militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland in Frage kommt“.

An dieser Situation änderten auch die Ereignisse der folgenden Wochen und Monate nichts, und das tschechoslowakisch-deutsche Verhältnis blieb weiterhin von den beiden Faktoren, den geographischen und wirtschaftlichen Bindungen an Deutschland und dem deutsch-französischen Verhältnis, bestimmt. Für die deutsche Politik ließ die Entwicklung der Ruhrkrise, insbesondere der Verfall der deutschen Währung, deren Parität zu Pfund und Dollar in astronomische Höhen stieg, die inneren Probleme des Staates wichtiger und drängender als die außenpolitischen Belange erscheinen. Dennoch blieben gewisse Befürchtungen einer außenpolitischen Verschärfung weiterhin lebendig. Die bayrischen Anfragen wurden trotz aller Beruhigungsversuche der Reichsstellen auch dann nicht eingestellt, als bereits die preußischen örtlichen Behörden lange mit der Meinung des Auswärtigen Amtes übereinstimmten¹⁷⁹, das — ebenso wie das Reichwehrministerium — deutlich unwillig auf derartige „Tartarennachrichten“, deren Unrichtigkeit in den meisten Fällen auf der Hand lag, reagierte¹⁸⁰. Trotzdem ließ das bayrische Außenministerium bis in den Herbst hinein ständig weitere Berichte über Truppenverstärkungen und Truppenverlegungen übermitteln und meinte: „Die rege Tätigkeit tschechoslowakischen Militärs (wenn auch in kleinen Einzelabteilungen) an der bayrischen Grenze und das Interesse, das es für das angrenzende Gebiet zeigt, ist sehr auffallend und es läßt sich unter den gegebenen Umständen kaum anders deuten wie als Vorbereitung für einen militärischen Einbruch in deutsches Gebiet, der wohl im Zusammenhang mit einer französischen Aktion gedacht ist¹⁸¹.“

Diese Betrachtungen waren jedoch von der Zeit überholt worden. Die tschechoslowakische Wirtschaftslage hatte sich infolge der Ruhrbesetzung nur kurzfristig gebessert, als die Tschechoslowakei nach dem Ausscheiden der deutschen Industrie in die verlassenen Märkte einsteigen konnte¹⁸². Kurz darauf brachte jedoch der Kurssturz der Mark auch die Krone ins Wanken¹⁸³, so daß die Kon-

¹⁷⁹ PA, Staatskommissar für öffentliche Ordnung (Dd.), Berlin 5. VI. 23, Ts 1993 (L 120260 ff.), Po 2, 4 Ts.

¹⁸⁰ PA, Aufz. eines Gesprächs mit Major Schindler vom Reichwehrministerium, Berlin 28. VI. 23, zu Ts 2212 (L 120313), Po 2, 4 Ts.

¹⁸¹ Zitat: PA, v. Thuilling an AA (Or.), München 19. VII. 23, Ts 2547 (L 120341), Po 2, 4; vgl. Aufz. v. Brentano, Berlin 28. VII. 23, zu Ts 2547 (L 120348), Po 2, 4 Ts; Konz. AA an bayrisches AA, Berlin 14. IX. 23, zu Ts 3082 (L 120406 f.), Po 2, 4 Ts. Auch d'Aberno n berichtet noch zu dieser Zeit von der Gefahr eines französischen Vormarsches auf Berlin (II 232, Tgb.-Aufz. 13. VIII. 23) und sogar auf Berlin und München (II 266 f., Tgb.-Aufz. 25. X. 23).

¹⁸² Vgl. Přebled hospodářského vývoje 41 f.

¹⁸³ PA, Koch an AA (Dd.), Prag 3. III. 23, Wi 1, 2 Ts; vgl. Tabelle 14, Přebled hospodářského vývoje 706.

junktur der tschechoslowakischen Wirtschaft, die unmittelbar nach der Ruhrbesetzung eingesetzt hatte, nicht von Dauer war. Es wurden Klagen über den Mangel an Rohstoffen laut, durch deren Ausbleiben in manchen Branchen sogar Entlassungen von Arbeitskräften vorgenommen werden mußten¹⁸⁴. Mit der Zeit wurde immer deutlicher, daß sich die tschechoslowakische Industrie nicht auf Kosten der deutschen Konkurrenz entwickeln konnte, sondern mit dieser zusammen am wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas arbeiten mußte. Der Handel zwischen zwei sich ergänzenden Wirtschaftskörpern konnte nur bei Wohlfahrt auf beiden Seiten gedeihen.

Dieses Gefühl der Gemeinsamkeit kam auch in der Ruhrhilfe weiter Kreise der tschechoslowakischen Bevölkerung zum Ausdruck; denn nicht nur die deutschen Bewohner des Staates boten notleidenden Kindern aus dem Ruhrgebiet ihre Hilfe an. Wie manches andere konnte natürlich auch dieser Akt der Menschlichkeit politisch mißdeutet und zu einem Streitpunkt nationalistischer Kreise werden, worüber in den Akten manches Mal beredt Klage geführt wird¹⁸⁵.

Die wichtigste Auswirkung der Ruhraktion lag für die Tschechoslowakei in ihrer außenpolitischen Umorientierung. Der Streit der beiden westlichen Verbündeten und ihre Entzweiung machte für die tschechoslowakische Regierung die Option für einen der beiden unausweichlich. Zwar war Prag, wie in den Ausführungen mehrfach zum Ausdruck gebracht wurde, kein Satellit Poincarés, den er durch Entsendung von hohen Militärs an einen strammen Zügel nehmen konnte — das Ergebnis der Reise von Marschall Foch im April 1923 spricht für diese These —, aber dennoch konnte es dem beharrlichen französischen Druck auf die Dauer nicht standhalten. Als das französische Prestige folglich durch den Sieg an der Ruhr seinen Höhepunkt und im Zusammenhang damit das Deutsche Reich durch Währungszusammenbruch, Wirtschaftschaos, Putschversuche und Separatistenbestrebungen den tiefsten Punkt seiner Nachkriegsentwicklung erreicht hatten, mußte sich die Tschechoslowakei schließlich der französischen Bemühung um eine stärkere vertragliche Bindung beugen¹⁸⁶.

Die vertraglichen Vereinbarungen der Tschechoslowakei mit Frankreich von 1918, die sich im Januar 1923 für Frankreich als unbefriedigend erwiesen hatten und, wie gezeigt, Beneš auf der Basis der Friedensverträge eine nahezu neutrale Stellung zwischen Deutschland und Frankreich ermöglichten, wurden durch den französisch-tschechoslowakischen Vertrag vom 25. Januar 1924 erweitert. Wie der tschechoslowakische Außenminister dieses schwierige Problem seiner Politik behandelte, scheint einer besonderen Darstellung wert.

¹⁸⁴ PA, Koch an AA (Dd.), Prag 4. VI. 23, Ts 1981, Wi 1, 2 Ts.

¹⁸⁵ PA, Sudetendeutscher Hilfsverein an AA (Dd.), Berlin 6. III. 23, Ts 762 (L 120149 f.), Po 2, 3 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 10. III. 23, Ts 922 (L 126479 ff.), Po 6, 5 Ts; bayrisches AA an AA, München 27. III. 23, Ts 1043 (L 120164 ff.), Po 2, 3 Ts; Koch an AA (Or.), Prag 23. IV. 23, Ts 1540 (L 120229 ff.), Po 2, 4 Ts; Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Berlin 23. VIII. 23, Ts 3003 (L 126637 ff.), Po 6, 6 Ts; Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Berlin 29. VIII. 23, Ts 3077 (L 120401 ff.), Po 2, 4 Ts; v. Langen an AA, Prag 27. IX. 23, Ts 3430 (L 120422), Po 2, 4 Ts; Köster an AA, Prag 2. XI. 23, Ts 3923 (L 126691), Po 6, 6 Ts.

¹⁸⁶ Vgl. O l i v o v á : Československá diplomacie.